2017

# Sicherheitsbericht

POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN

Moderne Technik
Sicherheit
Schutz
Diensthundeführerstaffel
Wasserschutzpolizei
Präventionspuppenbühne
Innovative Elektromobilität
Straftatenverfolgung
Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten
110
Koordinierungsstelle Eigentum
TWE/WED
Prävention
ATTRAKTIVER ARBEITGEBER
Rund-um-die-Uhr-Dienst
Einsatz- und Streifendienst
Gefahrenabwehr
CYBERCRIME
Öffentlichkeitsarbeit
Social Media
Staatsschutz
Audit Beruf & Familie
Diversität
Bekämpfung des islamistischen Terrorismus
Freund und Helfer
KOOPERATION
Polizeidirektion
Göttingen
BERATUNG
Inspektionen
Interkultureller Dialog
Expertenwissen
Vertrauen
Netzwerkpartner
BÜRGERNÄHE
Digitalisierung
Polizeikommissariate
Polizeistationen
Einsätze
PRÄSENT VOR ORT
Dunkelfeld
TRANSPARENZ
Hellfeld
Verkehrssicherheitsarbeit
Modernes Einsatzmanagement
Schwerpunktkontrollen
LEISTUNGSSTARK & KOMPETENT

# Editorial

## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

Polizeiarbeit erfordert Mut. Immer wieder stellen sich Polizeibeamtinnen und -beamte in ihrem Berufsalltag den Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit und geraten dabei nicht selten auch selbst in Gefahr. Doch auch in anderer, demokratischer Hinsicht muss eine Polizei Mut beweisen. Es gehört auch zu unseren Aufgaben den Bürgerinnen und Bürgern über unsere Maßnahmen und Konzepte Rede und Antwort zu stehen und auch mit konstruktiver Kritik umzugehen.

Daher veröffentlicht die Polizeidirektion Göttingen bereits zum zweiten Mal den Sicherheitsbericht, der über die strategische Ausrichtung und die aktuellen Schwerpunktthemen unserer Arbeit informiert. Mit dem Bericht möchten wir insbesondere mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik und der Medien in den Dialog treten, aber auch der breiten Bevölkerung einen Einblick in die aktuelle Sicherheitslage und die Arbeit der Polizei bieten.

Wie bereits im letzten Jahr wird dazu die Entwicklung und Lage in den Bereichen Kriminalität, Einsatz, Verkehr und Technik dargestellt. Zudem stellen die Präventionsteams ihre Arbeit vor und erstmals erhalten Sie Einblick in den Arbeitsalltag der Beamtinnen und Beamten in der Leitstelle und im Einsatz- und Streifendienst. Im Jahr 2017 standen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor besonderen Aufgaben und Herausforderungen, die nur durch professionelles Vorgehen bewältigt werden konnten.

Wir waren mit einer Einsatzhundertschaft am G20-Gipfel beteiligt. Dieser Einsatz mit zum Teil bürgerkriegsähnlichen Zuständen hat die Gewaltbereitschaft und das brutale Vorgehen der Gewalttäter gegenüber der Polizei verdeutlicht und mehr als 500 verletzte Polizeibeamte gefordert.

Die besonderen Herausforderungen hat dann einige Tage später das Jahrhunderthochwasser in unserer Direktion verdeutlicht. Die Bewältigung war nur durch große Kraftanstrengungen gemeinsam mit den Feuerwehren, Rettungsdiensten und vielen Freiwilligen möglich. An dieser Stelle möchten wir unseren herzlichen Dank an die vielen freiwilligen Helfer aussprechen.

Zu unserer Kernaufgabe im Jahr 2017 gehörte u.a. die Bekämpfung der aktuellen Erscheinungsformen des Terrorismus bzw. Islamismus. Die Festnahme der beiden Göttinger Gefährder im Februar vergangenen Jahres, die Festnahme des Northeimer Salafisten oder die Durchsetzung des Vereinsverbots gegen den „Deutschsprachigen Islamkreis Hildesheim e.V. (DIK)" mit Sitz in Hildesheim zeigen, dass die internationalen Entwicklungen zum Terrorismus oder Salafismus längst auch bei uns angekommen sind. In diesen Fällen haben wir konsequent agiert sowie alle erforderlichen Maßnahmen zeitnah mit großem Nachdruck vorbereitet und umgesetzt.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer strategischen Ausrichtung und der täglichen polizeilichen Arbeit stellt nach wie vor die Bekämpfung der Eigentumskriminalität dar. Wir werden auch in Zukunft sowohl in der Alltagsorganisation als auch im Rahmen von besonderen Einsätzen Personen- und Fahrzeugkontrollen durchführen, um das Entdeckungsrisiko zu erhöhen bzw. Taten zu verhindern. Hier sind wir auch auf die Mithilfe und wichtige Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen.

Denn unser erklärtes Ziel lautet: Wir wollen auch in Zukunft das hohe Sicherheitsniveau in der Region halten und ausbauen. Wir möchten, dass man in der Polizeidirektion Göttingen sicher leben kann – und sich auch sicher fühlt. Mit dem Sicherheitsbericht stellen wir dar, wie die Polizei – als Ihr Freund und Helfer – dieser Aufgabe heute und künftig begegnet.

**Bernd Wiesendorf**
Polizeivizepräsident

**Uwe Lührig**
Polizeipräsident

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Inspektionsleiters....1

Organisation. Präsent vor Ort....2
Die Organisation im Überblick....3
Unsere Aufgaben....4
Soziale Medien....5
Unser Personal....5
Spezialwissen auf vielen Ebenen....6
Nachwuchsgewinnung....7
Ausbildung in der Polizeidirektion Göttingen....8
Laufbahnausbildung in der Polizeidirektion Göttingen....9
Unser Behördenstab – Bindeglied und Fachaufsicht....10
Waffenrecht....11
Brandschutz....12
Katastrophenschutz....13
Die Diensthundeführerstaffel....14
Modernes Einsatzmanagement....15
Die Polizeiinspektion Göttingen auf einem Blick....16

Einsatzbewältigung. Wir sind da und helfen....18
Wann wähle ich den Notruf 110?....19
Ein Arbeitstag in der Lage-und Führungszentrale....20
Ein Arbeitstag im Einsatz-und Streifendienst....22
Besondere Einsätze in der Polizeidirektion Göttingen....24
Besondere Einsätze in der Polizeiinspektion Göttingen....25

Kriminalitätsbekämpfung. Wir ermitteln und klären auf....26
Entwicklung der Gesamtkriminalität....27
Deliktsbereiche....28
Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Göttingen....31
Wohnungseinbruchdiebstahl....34
Wohnungseinbruchdiebstahl - Durch Maßnahmenbündel Trendwende erreicht....35
Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls in der Polizeiinspektion Göttingen....37
Prävention zur Verhinderung von Wohnungseinbruchdiebstählen....38
Verhaltenshinweise bei Einbrüchen....39
Polizeilicher Staatsschutz....40
Allgemeiner polizeilicher Staatsschutz....41
Salafismus....42

Verkehrssicherheitsarbeit. Sicher unterwegs....46
Verkehrslagebild der Polizeidirektion Göttingen....47
Verkehrslagebild der Polizeiinspektion Göttingen....48
Verhalten an Verkehrsunfallstellen....49
Ablenkung als Hauptunfallursache....50
Verkehrsunfallfluchten....52

Prävention. Wir informieren und beraten....54
Prävention – Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist uns wichtig!....55
Präventionspuppenbühne....56
Präventionsteam der Polizeiinspektion Göttingen....57

Moderne Technik und Ausstattung. Wir nutzen sie....58
Moderne Technik....59
Mobilität....60
Funkstreifenwagen – Einsatzmittel im Einsatz- und Streifendienst....61
Schutz- und Einsatzaussattung in der Polizeidirektion Göttingen....63

Fazit. Mit Sicherheit für Sie da....66

Impressum....69

# Vorwort des Inspektionsleiters

## Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit den ergänzenden Beiträgen der Polizeiinspektion Göttingen möchten wir - Ihre Polizei - Ihnen einen kurzen Überblick über unsere Arbeit sowie zur Sicherheitslage 2017 in unserer Stadt und dem Landkreis Göttingen geben.

Ganz entscheidend geprägt wird die polizeiliche Arbeit in der Region durch eine Vielzahl demonstrativer Veranstaltungen und Anlässe, insbesondere der linksextremen Szene, verbunden mit einer sehr kritischen Medienlandschaft.

Aber auch typisch urbane Kriminalitätsphänomene wie BtM-Delikte oder Wohnungseinbruchdiebstähle sind für Göttingen typisch. Daneben ist Göttingen als salafistischer Hotspot in Südniedersachsen bekannt.

Sehr positiv hinsichtlich der Sicherheitslage ist, dass das Straftatenaufkommen im Vergleich zum Vorjahr in unserem Zuständigkeitsbereich beachtlich gesunken ist und die Aufklärungsquote ebenfalls deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres liegt. Unsere intensiven Bemühungen zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls haben sich ausgezahlt. So sind die registrierten Straftaten in diesem „Phänomenbereich" erkennbar rückläufig und die Aufklärungsquote deutlich über der des Vorjahres.

Dienst in Göttingen war und ist für jeden/jede Polizeibeschäftigte(n) eine besondere Herausforderung. Die aktuelle Bevölkerungs- und Sozialstruktur, gepaart mit den Besonderheiten einer großen Universitätsstadt und der herausragenden Bedeutung Göttingens für Südniedersachsen führen auch polizeilich zu außergewöhnlichen Belastungen, denen wir uns aber engagiert und professionell stellen.

Wir sind weiterhin bestrebt das Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

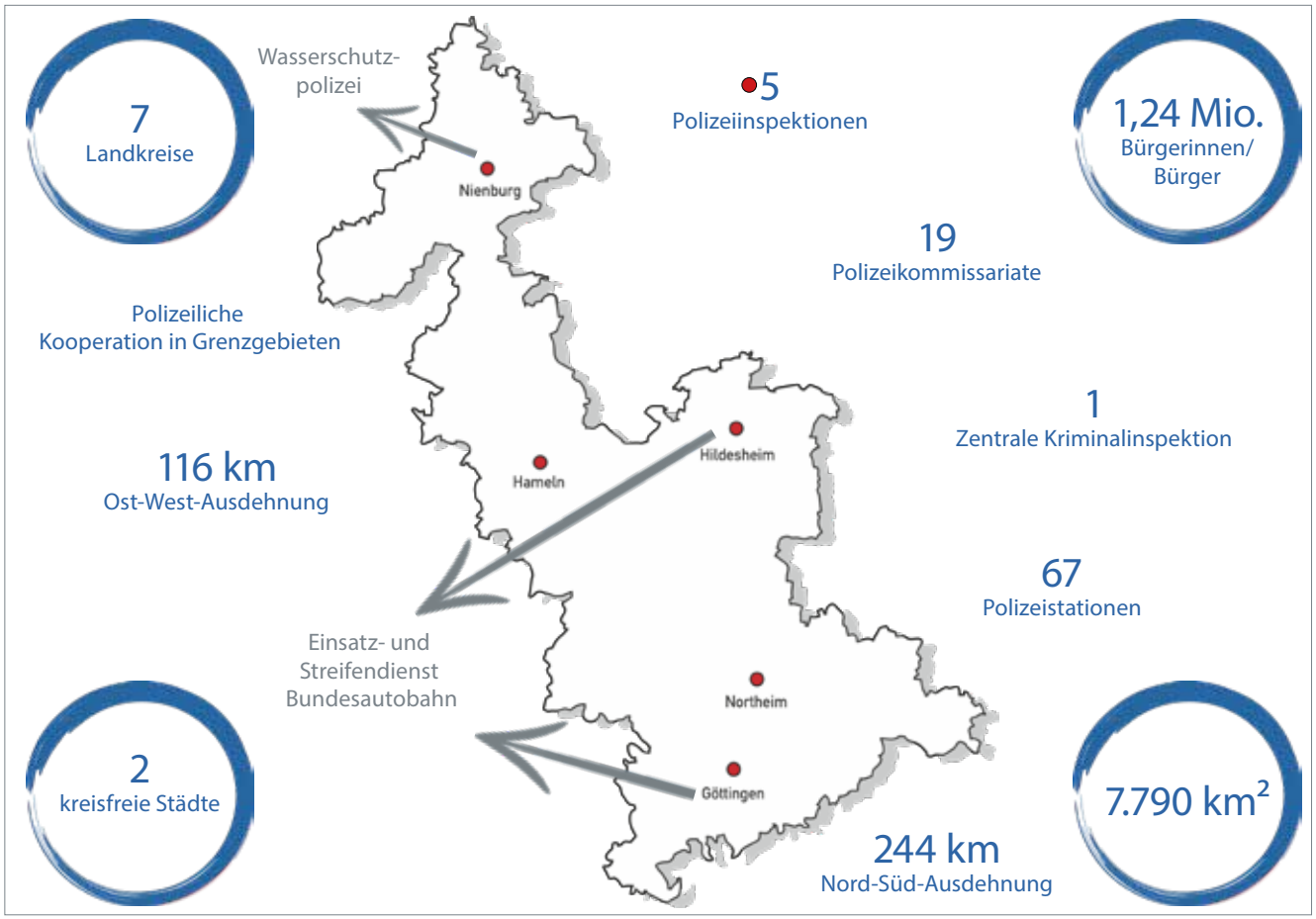
Ohne die Unterstützung und gute Zusammenarbeit mit den Kommunen sowie anderer Behörden, wäre dieses Ziel nur schwer erreichbar gewesen. Wir hoffen daher auch weiterhin auf ihre Unterstützung und Mithilfe, um 2018 weiterhin für ein hohes Sicherheitsniveau in unserer Stadt und dem Landkreis Göttingen sorgen zu können.

Thomas Rath
Leitender Polizeidirektor

# Organisation.

Präsent vor Ort.

# Die Organisation im Überblick




## Zuständigkeitsbereich

Zuständig für die Landkreise Göttingen, Hameln-Pyrmont, Hildesheim, Holzminden, Nienburg, Northeim, Schaumburg sowie die kreisfreien Städte Göttingen und Hildesheim sind wir auf einer Fläche von 7.790 qkm für 1,24 Mio. Bürgerinnen und Bürger vor Ort ein leistungsstarker und kompetenter Partner für Sicherheit.

## Unsere Organisation

Die Aufgaben der Polizei sind in einer sich ständig und dynamisch verändernden Gesellschaft äußerst vielschichtig. Den Herausforderungen begegnen wir mit einer an den Bürgerinnen und Bürgern sowie den örtlichen Besonderheiten ausgerichteten Organisation. Wir sorgen von Hann. Münden im Süden bis Hoya im Norden und von Walkenried im Osten bis Uchte im Westen für eine flächendeckende Polizeipräsenz, durch die wir ständig erreichbar sind und in Gefahren- und Sofortlagen über eine optimierte Reaktions- und Interventionsfähigkeit verfügen.

Fünf Polizeiinspektionen, 19 Polizeikommissariate und 67 Polizeistationen sowie diverse Sonderdienststellen wie bspw. eine Wasserschutzpolizeistation und die Autobahndienststellen, ergänzt um polizeiliche Kooperationen in Grenzgebieten zu anderen Behörden und Bundesländern, sorgen für eine hohe polizeiliche Verfügbarkeit.

Unser Anspruch ist, dass egal von welchem Standort betrachtet, die nächstgelegene Polizeidienststelle in einem Radius von ungefähr 20 Kilometern zu erreichen ist. Jeder Einsatzort muss im ungünstigsten Fall in spätestens 20 Minuten zu erreichen sein.

Zur Stärkung der Flächenpräsenz haben wir in der Polizeidirektion Göttingen eine Organisationsuntersuchung durchgeführt. Die 27 Standorte mit „Rund-um-die-Uhr-Diensten" haben hier eine besondere Bedeutung und werden ebenso wie die Dienstzeitmodelle der anderen Dienststellen bei Bedarf angepasst und modifiziert.

In der Polizeidirektion Göttingen werden durch jede Polizeivollzugsbeamtin bzw. jeden Polizeivollzugsbeamten rechnerisch 511 Bürgerinnen und Bürger betreut (Polizeidichte).

# Unsere Aufgaben

Zu den Kernaufgaben der polizeilichen Aufgabenbewältigung gehört neben der Aufklärung von Straftaten und der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten insbesondere die Abwehr von Gefahren jeder Art. Der Schutz vor einer Eigen- oder Fremdgefährdung erfordert dabei nicht selten ein sofortiges und entschlossenes Handeln. Die Kriminalprävention, die Verkehrssicherheitsarbeit sowie die Einsatzbewältigung in besonderen Lagen sind weitere Schwerpunkte der Polizeiarbeit.

Für die Bewältigung dieser Aufgaben stand der Polizeidirektion im Jahr 2017 für den Sachhaushalt (ohne Personalkosten) ein Jahresbudget i. H. v. 11,6 Mio. € (10,9 Mio. € in 2016) zur Verfügung.

**8.883**

Kontrollierte Personen im Rahmen von Personen- und Fahrzeugkontrollen

**2.160**

Such- und Fahndungsmaßnahmen (in Verbindung mit Vermisstenanzeigen)

**2.008**

Erkennungsdienstliche Behandlungen von Personen aufgrund einer positiven Wiederholungsprognose

**4.320**

Hilfeleistungen (Hilflose Personen und Suizidversuche)

**855**

Bearbeitete Haftbefehle

**3.161**

Bearbeitete Ordnungswidrigkeiten

**4.745**

Alarmauslösungen (ausgenommen KFZ-Alarme)

**514**

Brandermittlungen

**9.051**

Beseitigung von Gefahrenstellen im öffentlichen Verkehrsraum

**8.760**

Maßnahmen im Zusammenhang mit Streitigkeiten

**34.821**

Geführte elektronische Kriminalakten

**33.983**

Bearbeitete Verkehrsunfälle

**1.877**

Todesursachenermittlungen

**72.798**

Bearbeitete Strafanzeigen

**4.227**

Fundsachen

## Soziale Medien

# Schon mit uns vernetzt?

## Unser Personal

**2.906**
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

**925**
Frauen

**381**
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit

**46,4**
Durchschnittsalter

**447**
Beschäftigte

**31,8%**
Frauenanteil

**41**
Verwaltungs-beamtinnen und -beamte

**2.418**
Vollzugsbeamtinnen und -beamte

# Spezialwissen auf vielen Ebenen

Die Polizeidirektion Göttingen begegnet den sich ständig wandelnden und dynamisch verändernden neuen Herausforderungen und Kriminalitätsformen mit der Einstellung von Experten aus den unterschiedlichsten Fachbereichen. Im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung bildeten im Jahr 2017 beispielsweise IT-Spezialisten zur Bekämpfung von Cybercrime einen Schwerpunkt. Aber auch zu den Themen Migration, Islamismus, Prozessmanagement, Soziale Medien, Öffentlichkeitsarbeit und Gesundheitsmanagement verfügt die Polizeidirektion Göttingen über Expertenwissen.

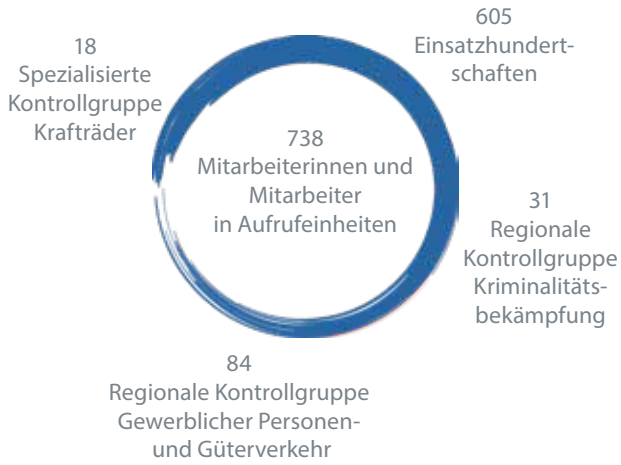
Darüber hinaus sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ausgewiesener Expertise in diversen Sonderdienststellen und Aufrufeinheiten für die Aufgabenbewältigung in den unterschiedlichsten Bereichen organisiert.

Unter anderem ist die Zentrale Kriminalinspektion mit der Bekämpfung von speziellen Kriminalitätsphänomenen wie Organisierter Kriminalität, Bandenkriminalität und Korruption befasst.

Zur Bewältigung von Großeinsätzen wie beispielsweise besonders konfliktträchtigen Demonstrationen ist die Polizeidirektion Göttingen in der Lage, eine Einsatzabteilung bestehend aus einer Führungsgruppe, drei Einsatzhundertschaften, je einer Fahndungs- und Ermittlungskommission sowie einer Diensthundeführerstaffel aufzurufen.

In der Regionalen Kontrollgruppe (RKG) zur Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs werden neben einer Kontrolle der Sozialvorschriften (Lenk- und Ruhezeiten) überwiegend die Ladungssicherung von Transportgütern sowie Gefahrgut-/Großraum- und Schwertransporte überwacht. Sofern hier Verstöße festgestellt werden, hält die Polizeidirektion Göttingen für eine mögliche Vermögensabschöpfung in Ordnungswidrigkeitenverfahren insgesamt acht speziell ausgebildete Ermittler vor.

In der RKG Kriminalitätsbekämpfung liegt der Aufgabenschwerpunkt hingegen auf der Bekämpfung von Eigentumsdelikten, insbesondere im Zusammenhang mit Kraftfahrzeugen (beispielsweise internationaler Kfz-Diebstahl sowie Wohnungseinbruchdiebstahl), Betäubungsmittel-/Schleuser- und Umweltkriminalität, Menschenhandel sowie Urkunden-/ Fälschungs- und Schmuggeldelikten.




Unsere aktuellen Stellenausschreibungen finden Sie direkt auf unserer Homepage:

→ **Polizeidirektion Göttingen**
**www.pd-goe.polizei-nds.de**
→ Beruf und Karriere
→ Stellenangebote

# Nachwuchsgewinnung. Wir stellen ein!

Infolge steigender Pensionierungszahlen besteht in der Polizeidirektion Göttingen aktuell und auch künftig ein hoher Bedarf an neuen jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In den kommenden fünf Jahren wird es erforderlich, dass ca. 25 % des vorhandenen Personals ersetzt werden muss. Hierdurch wird die Organisation zunehmend jünger. In allen Dienstbereichen werden Dienstposten neu zu besetzen sein, sodass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den vielfältigen Aufgabenbereichen neue Herausforderungen und verbesserte Karrierechancen vorfinden. Durch die Polizeidirektion Göttingen erfolgt dabei eine flexible an den persönlichen Kenntnissen und Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgerichtete Aufgabenübertragung, bei der gleichzeitig die persönlichen Neigungen und Bedürfnisse Berücksichtigung finden.

So konnten wir als attraktiver Arbeitgeber im Jahr 2017 insgesamt 141 Polizeianwärterinnen und -anwärter in der Polizeidirektion Göttingen einstellen.

Aufgrund der geographischen Ausdehnung unserer Behörde sind wir auch sehr an Bewerberinnen und Bewerbern interessiert, die ihren Dienst zukünftig in den Landkreisen Nienburg, Schaumburg, Hameln und Holzminden versehen möchten.

Insbesondere freuen wir uns sehr darüber, dass sich weitere 26 Bewerberinnen und Bewerber mit Fachoberschulreife (beispielsweise Realschul- oder Oberschulabschluss) für den Weg über die Ausbildung an der Fachoberschule für Wirtschaft und Verwaltung mit Praktikum in der Polizeidirektion Göttingen entschieden haben.

Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen befinden sich mit Nienburg und Hann. Münden zwei der drei Studienorte der Polizeiakademie Niedersachsen. Von den zurzeit landesweit neun Fachoberschulen für Wirtschaft und Verwaltung liegen mit Northeim und Hann. Münden zwei weitere Ausbildungsstandorte im hiesigen Zuständigkeitsbereich. Mit Hannover und Braunschweig kommen zwei alternative Standorte in benachbarten Regionen hinzu. Weitere Standorte werden zurzeit in den Regionen der Polizeidirektion Göttingen geprüft.

## Ihre Ansprechpartnerinnen:

**Polizeihauptkommissarin Gesa Hujahn**
**Tel.: 0551/4911314**

**Carmen Kauschke**
**Tel.: 0551/491-1326**

**nachwuchswerbung@pd-goe.polizei.niedersachsen.de**
**http://www.polizei-studium.de/**

# Ausbildung in der Polizeidirektion Göttingen

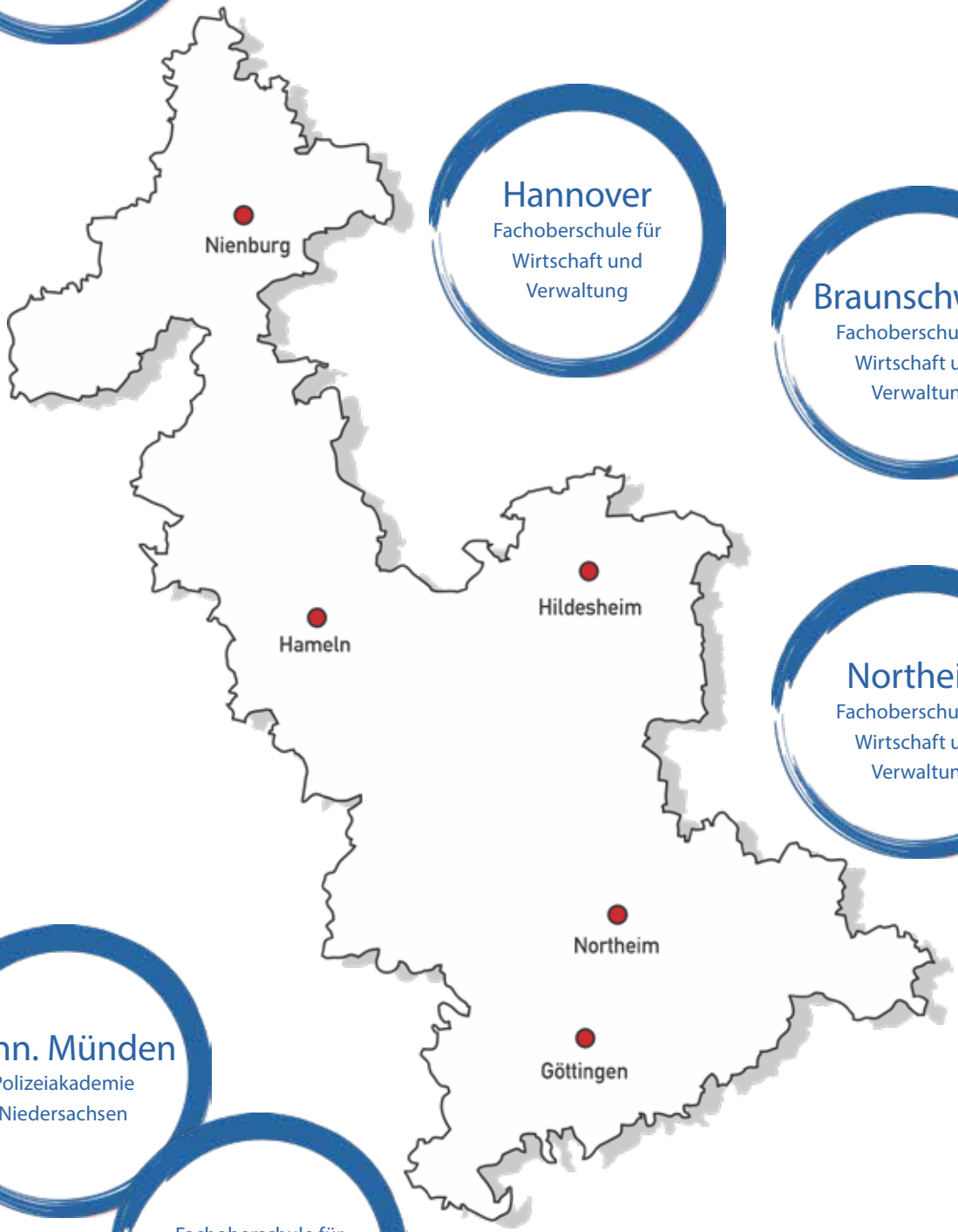
**141** **Einstellungen in 2017**

**1.625** **Einstellungsbedarf 2018 (landesweit)**

## Nienburg
Polizeiakademie Niedersachsen

## Hannover
Fachoberschule für Wirtschaft und Verwaltung

## Braunschweig
Fachoberschule für Wirtschaft und Verwaltung




## Northeim
Fachoberschule für Wirtschaft und Verwaltung

## Hann. Münden
Polizeiakademie Niedersachsen

Fachoberschule für Wirtschaft und Verwaltung

# Laufbahnausbildung in der Polizeidirektion Göttingen

## Gehobener Polizeivollzugsdienst (1. Einstiegsamt, Laufbahngruppe 2)

Mit Fachoberschulreife (Real- oder Oberschulabschluss)

**5 Jahre**

**11. Klasse:** wöchentlich 2 Tage Unterricht + 3 Tage Praktikum
Fachoberschule für Wirtschaft u. Verwaltung + Polizeiinspektionen

**12. Klasse:** Fachoberschule für Wirtschaft u. Verwaltung

**3 Jahre Bachelor-Studium** an der Polizeiakademie Niedersachsen (s. u.)

Bachelorstudiengang mit Fachhochschulreife (Abitur oder Fachhochschulreife)

**3 Jahre**

**1 Jahr Grundstudium**

**6 Monate Vertiefungsstudium** | **3 Monate Praktikum** (Einsatz) | **3 Monate Praktikum** (Ermittlungen)

**1 Jahr Schwerpunktstudium**

## Höherer Polizeivollzugsdienst (2. Einstiegsamt, Laufbahngruppe 2)

Masterstudiengang für Aufstiegsbeamte und Laufbahnbewerber

**2 Jahre**

**1. Studienjahr: Polizeiakademie Niedersachsen**

**2. Studienjahr: Deutsche Hochschule der Polizei**

# Unser Behördenstab - Bindeglied und Fachaufsicht

Der Behördenstab der Polizeidirektion Göttingen gewährleistet im Rahmen seiner Zuständigkeit die Entwicklung und Umsetzung strategischer Schwerpunktsetzungen und steuert die Zukunftsausrichtung der Behörde.

Zwischen der Polizeidirektion Göttingen und den nachgeordneten Dienststellen fungiert der Behördenstab zudem als Bindeglied zum Landespolizeipräsidium beziehungsweise zum Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. Darüber hinaus werden einerseits Erlasse auf Behördenebene durch Verfügungen umgesetzt und andererseits übergeordnete Koordinierungsfunktionen wahrgenommen.

Neben der fachbezogenen Unterstützung und Mitwirkung bei der Aufgabenwahrnehmung der Inspektionen berät der Stab der Polizeidirektion Göttingen die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlich übertragenen Aufgaben. In den unterschiedlichsten Bereichen werden gegenüber den Kommunen zudem übertragene Fachaufsichten wahrgenommen.

Der Behördenstab der Polizeidirektion Göttingen gliedert sich in zwei Abteilungen. Das Dezernat 01 (Zentrale Aufgaben) ist aufgrund seiner besonderen Zentralstellenfunktion direkt der Behördenleitung angegliedert. Der Abteilungsleiter 1 ist sogleich Polizeivizepräsident und der ständige Vertreter des Polizeipräsidenten. Insgesamt sind zurzeit 261 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Organisationsbereich des Behördenstabs beschäftigt.

Neben den 124 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit originären Stabsaufgaben sind diverse Aufgabenbereiche wie beispielsweise das Diensthundeführerwesen und die Lage- und Führungszentralen (LFZ) in Göttingen und Hameln direkt den Dezernaten zugeordnet.

**2** Abteilungen

**8** Dezernate

**261** Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter (gesamt)

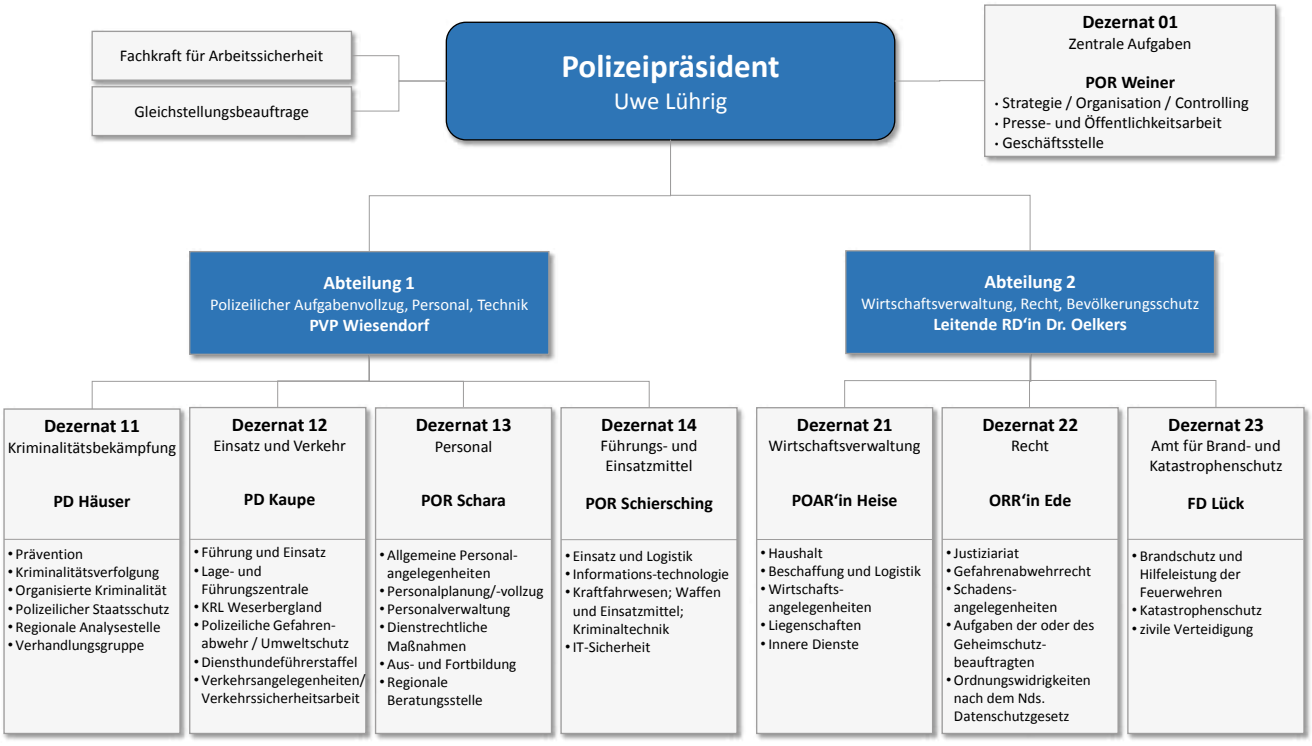
**124** Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter Stabsaufgaben

**165** Polizeivollzugbeamtinnen / -beamte

**20** Verwaltungsbeamtinnen / -beamte

**76** Beschäftige

Die Polizeidirektion Göttingen ist zudem für die Beglaubigung von Urkunden und Dokumente zuständig, welche von den im Zuständigkeitsbereich befindlichen Kommunen (Landkreise, Gemeinden, Samtgemeinden, kreisfreie Städte etc.) ausgestellt wurden und im Ausland Verwendung finden sollen. Im Jahr 2017 wurden in diesem Zusammenhang 2093 Apostillen und Legalisationen (Beglaubigungen) ausgestellt.



# Waffenrecht

Die Polizeidirektion Göttingen nimmt in ihrem Zuständigkeitsbereich die Fachaufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte u. a. für die Aufgaben des Waffenrechts wahr. Zuständig ist das Dezernat 22 (Recht), welches neben dem Justiziariat auch Aufgaben im Zusammenhang mit dem Gefahrenabwehrrecht, Versammlungsrecht, Datenschutz und allgemeine Schadensangelegenheiten bearbeitet.

Neben der Anerkennung von Lehrgängen zur Vermittlung der Waffensachkunde, der Teilnahme an Sachkundeprüfungen und der Durchführung eigener Sachkundeprüfungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen unterstützt und berät die Polizeidirektion Göttingen die Waffenbehörden bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben – z. B. in Bezug auf die Durchführung von Aufbewahrungs- bzw. Vorortkontrollen, Prüfung von Waffenbesitzverboten sowie dem Ausbau des Nationalen Waffenregisters.

**Ihr Ansprechpartner für Fragen zum Waffenrecht:**

**Carsten Amlung**
**Tel.: 0551/491-1711**
**carsten.amlung@polizei.niedersachsen.de**

Um gemeinsam mit den Kommunen weiterhin eine hohe Sicherheit für die Bevölkerung zu gewährleisten gibt Herr Amlung vom Dezernat 22 folgende Hinweise:

- Die Außentermine sind von den Waffenbehörden konsequent wahrzunehmen.
- Eine Intensivierung der Fachaufsichten durch Vorortkontrollen und Geschäftsprüfungen hat eine hohe Priorität.
- Bei der Erteilung von Waffenbesitzverboten ist die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den Waffenbehörden und der Polizei zwingend erforderlich.
- Beim Ausbau des Nationalen Waffenregisters (NWR II) ist eine enge Zusammenarbeit wichtig.

# Brandschutz

Vom Amt für Brand- und Katastrophenschutz (AfBK) der Polizeidirektion Göttingen werden die gesetzlich übertragenen Aufgaben des betrieblichen Brandschutzes, die Anerkennung und Kontrolle von Werkfeuerwehren und die Aufsicht über die Gemeinden mit Berufsfeuerwehren bearbeitet. Aufsicht bedeutet hier Beratung der Kommunen in Fragen des Brandschutzes und der Hilfeleistung (z. B. bei Unglücksfällen und Notständen) sowie die Überprüfung der Feuerwehren und der vorzuhaltenden kommunalen Einrichtungen (Feuerwehrtechnische Zentralen, Ausbildungseinrichtungen der Landkreise, Feuerwehr-Einsatzleitstellen). Gutachterliche brandschutztechnische Stellungnahmen und die Aus- und Fortbildung der Brandschutzprüfer gehören ebenfalls zu den Aufgaben des Amts für Brand- und Katastrophenschutz.

Das Amt für Brand- und Katastrophenschutz der Polizeidirektion Göttingen erkennt betriebliche Feuerwehren als Werkfeuerwehren an bzw. verpflichtet Betriebe und öffentliche Einrichtungen mit erhöhten Brandgefahren zur Aufstellung einer Werkfeuerwehr. Dies beinhaltet eine regelmäßige Überprüfung der vorhandenen Werkfeuerwehren auf ihre Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit.

Neben den beschriebenen Aufgaben im abwehrenden Brandschutz und der Hilfeleistung ist auch der vorbeugende Brandschutz ein Tätigkeitsfeld des Amts für Brand- und Katastrophenschutz. So werden die Brandschutzprüfer der Landkreise, welche die hauptamtliche Brandschau in Sonderbauten wie z.B. Schulen und Krankenhäusern durchführen, beraten und bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützt. Für Landesdienststellen (Bauaufsicht, Gewerbeaufsicht) werden Fragen zur Brandsicherheit von Gebäuden und Anlagen beantwortet.

Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich des Amts für Brand- und Katastrophenschutzder Polizeidirektion Göttingen liegt in der Betreuung der freiwilligen Feuerwehren, insbesondere in organisatorischen Angelegenheiten (verwaltungsfachliche Bearbeitung), die Zuweisung von Mitteln, Ausstattung sowie Aus- und Fortbildungsplätzen. Um diese vielfältigen Aufgaben sachgerecht erledigen zu können, ist im Bereich Brandschutz sowohl Personal des allgemeinen Verwaltungsdienstes als auch des feuerwehrtechnischen Dienstes vorhanden. Die Regierungsbrandmeister Herr Wolfgang Brandt und Herr Karl-Heinz Banse beraten das Amt für Brand- und Katastrophenschutz als Ehrenbeamte bei der Wahrnehmung von Aufgaben für die freiwilligen Feuerwehren.

## Fakten zum Brandschutz im AfBK:

- → Betreuung von 32 Werkfeuerwehren
- → Aufsicht über die Berufsfeuerwehren der Städte Göttingen und Hildesheim sowie der hauptberuflichen Wachbereitschaft der Stadt Hameln
- → Betreuung von 896 Ortsfeuerwehren mit ca. 30.000 aktiven Mitgliedern
- → Zuteilung von 6,6 Mio. € aus der Feuerschutzsteuer an die Kommunen

# Katastrophenschutz

Neben dem Brandschutz betreut das Amt für Brand- und Katastrophenschutz in der Polizeidirektion Göttingen als Fachaufsichtsbehörde auch die Katastrophenschutzbehörden. Es koordiniert den behördenübergreifenden Katastrophenschutz bei der Ausbildung und bewirtschaftet die Haushaltsmittel für den Katastrophen- und Zivilschutz von Land und Bund. In diesem Zusammenhang wurden durch die Polizeidirektion Göttingen in den letzten Jahren Zuschüsse des Landes Niedersachsen in Höhe von durchschnittlich 335.000 Euro beispielsweise für die Beschaffung von Fahrzeugen gewährt und hinsichtlich ihrer ordnungsgemäßen Verwendung überwacht.

Neben den vom Land geförderten Fahrzeugen stehen den Feuerwehren und Hilfsorganisationen in der Polizeidirektion Göttingen weitere 78 bundeseigene Fahrzeuge des Zivil- und Katastrophenschutzes zur Verfügung, die vom Amt für Brand- und Katastrophenschutz im Auftrag des Bundes verwaltet werden.

Zu den weiteren Aufgaben gehören vorbereitende Planungen inklusive Schulungen und Übungen für den Eintritt von Katastrophen auch unter Berücksichtigung der Umgebung von Störfallbetrieben oder beispielsweise Epidemien.

Im Katastrophenfall koordiniert das Amt für Brand- und Katastrophenschutz die überörtliche Hilfe, d.h. es stellt Hilfeleistungen bereit, wenn die kommunale Nachbarschaftshilfe nicht mehr ausreicht. Losgelöst von Operativen Aufgaben erledigt und koordiniert der Stabsbereich „Katastrophenschutz" der Polizeidirektion Göttingen in Krisen- und Katastrophenfällen strategische, logistische und kommunikationsbezogene Aufgaben unter Beteiligung von Fachberatern (Veterinären, Wasserbauingenieuren, etc.). Er trifft also grundsätzlich keine einzelnen Einsatzmaßnahmen, sondern schafft die Rahmenbedingungen für eine effektive und reibungslose Unterstützung der Hauptverwaltungsbeamten bei der Katastrophenbekämpfung.

### Überschwemmung im Juli 2017

Ergiebiger Dauerregen hat Ende Juli 2017 zu einem starken Anstieg der Wasserstände und zu zahlreichen Überschwemmungen geführt. Im Bereich der Polizeidirektion Göttingen waren Teile der Stadt Hildesheim und des Landkreises Hildesheim massiv betroffen.

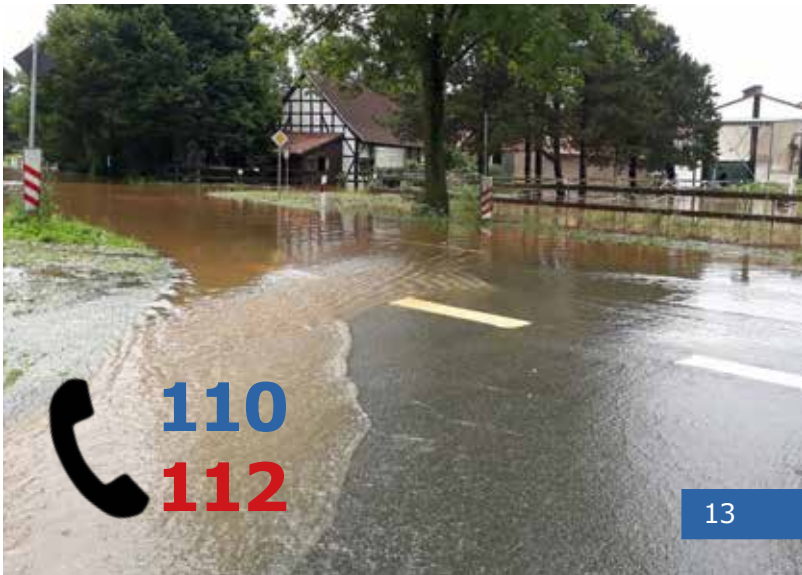
Viele Einsatzkräfte der Feuerwehren und des THW waren bereits andernorts gebunden und standen für übergemeindliche Einsätze nicht zur Verfügung. Zur Unterstützung der Hochwasserbekämpfung mussten daher Einsatzkräfte aus anderen Teilen Niedersachsens angefordert werden.

An den Hochwassertagen waren in Stadt und Landkreis Hildesheim insgesamt 14 Kreisfeuerwehrbereitschaften aus dem Bereich der Polizeidirektion Göttingen und aus anderen Polizeidirektionen des Landes Niedersachsen im Einsatz. Zahlreiche Einsatzkräfte des DRK (gut 100 im Bereich der Polizeidirektion Göttingen/ 350 landesweit) und anderer Hilfsorganisationen stellten die Versorgung der Einsatzkräfte sicher, richteten Notunterkünfte ein und unterstützten bei Evakuierungen. Auch Einheiten der Bereitschaftspolizei und des THW unterstützten die Kommunen bei der Schadensbekämpfung und bei der Beseitigung der Folgen des Dauerregens.

Die Hilfeleistungen im Bereich der Polizeidirektion Göttingen erfolgten im Wege der Amtshilfe, da die Stadt und der Landkreis Hildesheim den Katastrophenfall nicht festgestellt haben. Die Polizeidirektion Göttingen war in dieser Situation durch ihren Regierungsbrandmeister in den Einsatzstäben direkt vor Ort vertreten. Eine wirkungsvolle Unterstützung der Technischen Einsatzleitung (TEL) des Landkreises Hildesheim sowie des SAE-Stabes der Stadt Hildesheim war somit gewährleistet.

Der Polizeipräsident und die Leiterin der Abteilung 2 der Polizeidirektion Göttingen besprachen vor Ort mit dem Landrat des Landkreises Hildesheim und dem Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim die Situation in den Hochwassergebieten.

Das Amt für Brand- und Katastrophenschutz der Polizeidirektion Göttingen richtete darüber hinaus eine „Notfallgruppe Wichtige Ereignisse" (NWE) mit einem 24-Stunden Schichtbetrieb ein, um jederzeit für die Katastrophenschutzbehörden und für das Nds. Ministerium für Inneres und Sport als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Im Amt für Brand- und Katastrophenschutz wurden Lagemeldungen koordiniert und Anfragen zu Hilfeleistungen bearbeitet. Da nicht auszuschließen war, dass in Hildesheim die Lage noch weiter eskaliert, wurden umfassende Maßnahmen zur Unterstützung der Katastrophenschutzbehörden vorbereitet.



# Die Diensthundeführerstaffel

Zu den Aufgaben der Diensthundführer/-innen der Polizeidirektion Göttingen gehören der tägliche Streifendienst, die Unterstützung der Dienststellen bei der Bewältigung von Einsatzlagen im täglichen Dienst und an Brennpunkten sowie bei besonderen Anlässen (z. B. Demonstrationen, Fußballspiele, Schützenfeste).

Die Diensthundführerstaffel ist für den gesamten Bereich der Polizeidirektion Göttingen zuständig. Vier Diensthundeführergruppen sind disloziert an den Standorten in Göttingen, Hildesheim, Hameln und Nienburg untergebracht. Unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Diensthundführergruppe werden die Diensthunde nicht nur in der Polizeidirektion Göttingen sondern auch niedersachsenweit oder in anderen Bundesländern eingesetzt.

Die Aufgaben der Schutzhunde umfassen hauptsächlich die Verfolgung von Straftätern und die Unterstützung/Absicherung einschreitender Kräfte. Sie spüren vermisste Personen auf, finden weggeworfenes Diebesgut und Tatwerkzeuge. Bei gewalttätigen demonstrativen Aktionen und polizeilichen Maßnahmen aus sonstigen Anlässen schützen die Diensthunde Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie andere Personen.

Neben einer Ausbildung als Schutzhund erhält jeder Diensthund anschließend je nach Veranlagung und dienstlicher Notwendigkeit eine zusätzliche Spezialisierung.

## Diensthunde in der Polizeidirektion Göttingen:

**13 Rauschgiftspürhunde**
sind in der Lage, Rauschgifte und deren Derivate aufzuspüren und anzuzeigen. Selbst Geruchsablenkungen und aufwändige Verstecke beeinträchtigen das Suchvermögen der Rauschgiftspürhunde nicht. Außerdem gibt es Rauschgiftspührhunde, die zusätzlich nach Geldscheinen suchen können. Diese Banknotenspürhunde sind in der Lage, Banknoten und Falschgeld anzuzeigen.

**1 Brandmittelspürhund,**
der Brandbeschleuniger in unterschiedlichen Zusammensetzungen anzeigt. Freistehende Balken in großer Höhe sind für ihn bei der Absuche kein Problem und auch Gittterroste stellen kein Hindernis dar. Außerdem besteht für den Hund ein hohes Verletzungsrisiko durch Scherben oder Nägel, die sich im Brandschutt verbergen.

**13 Schutzhündinnen und -hunde in Ausbildung**

**3 Leichen- und Blutspürhunde**
zeigen Leichengeruch und menschliches Blut in unterschiedlichen Verwesungsstadien an. Die Leichen- und Blutspürhunde sind meist auch dann erfolgreich, wenn versucht wurde die Leiche oder das Blut zu entfernen. Einige Hunde werden zusätzlich zur Suche auf Gewässern ausgebildet. Sie werden auf einem speziell ausgerüsteten Boot eingesetzt und zeigen unter Wasser befindliche Leichen oder Leichenteile im Wasser an. Dabei ist die Wassertiefe nicht entscheidend.

**8 Sprengstoffspürhunde**
sind in der Lage , Sprengstoffe sowie Waffen und Munition anzuzeigen. Die Hunde dürfen die angezeigten Gegenstände nicht berühren und müssen auch auf Entfernung suchen und vom Hundeführer gesteuert werden können.

## Modernes Einsatzmanagement

Das Notruf- und Einsatzmanagement der Polizeidirektion Göttingen erfolgt rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr in der Lage- und Führungszentrale „Weser" in Göttingen und der Einsatzleitstelle „Süntel" in Hameln.

Die Lage- und Führungszentrale „Weser" ist für die Polizeiinspektionen Göttingen und Northeim/Osterode zuständig. In der Leitstelle „Süntel" werden die Einsätze für die Polizeiinspektionen Hameln-Pyrmont/Holzminden, Hildesheim und Nienburg/Schaumburg koordiniert.

Alle zwei bis drei Minuten ein Notruf in 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr

**79**

Operative Mitarbeiter/-innen (einschließlich Datenabfragen)

**81.500**

Notrufe im Jahr 2017 bei „Weser"

**183.000**

Notrufe im Jahr 2017 insgesamt

**101.500**

Notrufe im Jahr 2017 bei „Süntel"

**224.500**

Einsätze im Jahr 2017 insgesamt

**90.500**

Einsätze im Jahr 2017 bei „Weser"

**134.000**

Einsätze im Jahr 2017 bei „Süntel"

**Hinweis:**
Nicht jedem Einsatz geht ein Notruf voraus! Auch infolge von Meldungen direkt bei der Wache oder eigeninitiativer Feststellungen können Einsätze entstehen.

# Die Polizeiinspektion Göttingen auf einem Blick

Die Polizeiinspektion Göttingen sorgt zuständigkeitshalber für die Sicherheit von circa 254.000 Einwohner (Stand: 31.12.2016) in der Stadt, „die Wissen schafft", und im Altkreis Göttingen.

Dafür stehen ihr 603 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon 519 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte) zur Verfügung. Während sich der Sitz der Inspektion im Dienstgebäude in der Otto-Hahn-Str. befindet, arbeitet das Gros der Kolleginnen und Kollegen in unterschiedlichen Dienstzweigen im Hauptgebäude in der Groner Landstraße.

Im Landkreis sind der Inspektion die Dienststellen Duderstadt, Hann. Münden, Friedland sowie die Autobahnpolizei mit Standort in Mengershausen nachgeordnet. Durch weitere den o. a. Dienststellen nachgeordnete Polizeistationen wird im gesamten Zuständigkeitsbereich eine flächendeckende Polizeipräsenz gewährleistet.

Leiter der Polizeiinspektion ist der 59-jährige Leitende Polizeidirektor Thomas Rath. Rath ist seit über 40 Jahren Polizeibeamter und führt die Polizeiinspektion Göttingen bereits seit fast 15 Jahren.

Bürgerinnen und Bürger können weitere Informationen über die Polizeiinspektion Göttingen im Internet auf der Homepage unter **http://www.pd-goe.polizei-nds.de/dienststellen/pi_goettingen/** erhalten.

Über aktuelle polizeiliche Geschehnisse informiert die Polizei Göttingen über den Twitter Account @Polizei Göttingen.

**Polizei Göttingen**

**Zentraler Kriminaldienst**
(KOR Breyer)
Tel.: 0551 491-3001

**Sachbereich Einsatz**
(PD Nolte)
Tel.: 0551 491-2002

**Sachbereich Verwaltung**
(Frau Kaunzner-Aue)
Tel.: 0551 491-2881

**Einsatz- und Streifendienst I**
(EPHK Nixdorff)
Tel.: 0551 491-2122

**Einsatz- und Streifendienst II**
(EPHK Schwarze)
Tel.: 0551 491-2222

**Einsatz- und Streifendienst BAB**
(EPHK Rink)
Tel.: 0551 491-6521

**Verfügungseinheit**
(EPHK Will)
Tel.: 0551 491-4401

**Polizeikommissariat Hann. Münden**
(EPHK Schneider)
Tel.: 05541 951-121

**Polizeikommissariat Duderstadt**
(EPHK Wüstefeld)
Tel.: 05527 9801-121

**Polizeistation Friedland**
(PHK Momberg) Tel: 05504 93790-121

Der Inspektionsleitung direkt nachgeordnete Dienststellen und Dienstzweige.

**Polizeiinspektion (PI)**
**Polizeikommissariat (PK)**
Polizeistation (PSt)
Polizeistation (PSt nachgeordnet)

# Einsatzbewältigung.

## Wir sind da und helfen.

# Wann wähle ich den Notruf 110?

## Hinweise

- Der Notruf der Polizei 110 ist für Sie kostenlos, auch vom Handy.
- Der Notruf kann vom Handy auch ohne Guthaben getätigt werden.
- Über den Notruf sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr für Sie erreichbar!

## Wann soll ich den Notruf wählen?

Wählen Sie 110:

- wenn Sie Zeuge oder Opfer einer Straftat geworden sind,
- wenn Sie Hinweise auf mögliche Straftaten geben können,
- wenn Sie in einer Gefahrensituation sind,
- wenn sie verdächtige Verhaltensweisen beobachten.

Denken Sie daran: Der Missbrauch von Notrufen ist nach § 145 StGB strafbar!

## Was muss ich beim Notruf angeben?

Bewahren Sie Ruhe! Beantworten Sie die folgenden W-Fragen:

**WO?**

→ Angabe zur Adresse (Straße, Hausnummer), Stockwerk, evtl. Appartement
→ Die Örtlichkeit beschreiben, sofern die Adresse unklar ist

**WAS?**

→ Genaue Beschreibung des Sachverhalts/Notfalls

**WIE VIELE PERSONEN?**

→ Anzahl der Beteiligten und/oder Verletzten

**WELCHE VERLETZUNGEN?**

→ Erkennbare Verletzungen bereits benennen!

**WER?**

→ Angaben zur eigenen Person: Name, Anschrift, Telefonnummer

## Warten auf Rückfragen

- Legen Sie nicht auf! Das Telefonat wird durch die Beamtin/den Beamten in der Leitstelle beendet.
- Ggf. ist ein Funkstreifenwagen schon auf dem Weg zum Einsatzort, während sie noch mit der Leitstelle telefonieren. Warten Sie auf das Eintreffen der Beamten vor Ort.

# Kathrin Hirdes

## Polizeikommissarin

# Ein Arbeitstag in der Lage- und Führungszentrale

Mein Name ist Kathrin Hirdes, ich bin 29 Jahre alt und seit vier Jahren Einsatzleitbeamtin in der Lage- und Führungszentrale „Weser" in Göttingen.

Ich habe zwei wesentliche Aufgaben als Einsatzleitbeamtin: Zum einen nehme ich u.a. mittels Notruf (110) Einsätze an und zum anderen leite ich Sofortmaßnahmen ein, indem ich die gewonnenen Informationen an die Wache oder direkt an die Kollegen/-innen im Funkstreifenwagen weitergebe.

Während des Einsatzes begleite und unterstütze ich meine Kollegen/-innen z.B. durch die Dokumentation des Einsatzes und die Weitergabe weiterführender Informationen zu den Personen oder Objekten, die im Einsatz wichtig sind (z.B. Wo ist der Eingang zum Haus?).

Am 31.03.2017 hatte ich Frühdienst. Der Tag begann eher ruhig. Ich habe Streifenwagen zu zwei kleineren Unfällen und zu einer Sachbeschädigung, die in der vergangenen Nacht passiert war, entsandt. Um 09.56 Uhr nahm ich dann einen Notruf an, der die „Ruhe" erst einmal beenden sollte.

Der Hinweisgeber teilte mir mit, dass er gerade zwei Personen – eine Frau und einen Mann – bemerkt habe, die in sein Haus einbrechen wollten. Er habe die beiden überrascht, während sie versuchten ein Fenster aufzuhebeln.

Ich habe die sofort verfügbaren Streifenwagen der Polizeidienststellen in Göttingen zum Einsatzort entsandt. Mit dem Hinweisgeber habe ich unterdessen bis zum Eintreffen der Kollegen/-innen weiter telefoniert und die nachfolgenden für uns wichtigen Details erfragt:

- Werden die Personen noch gesehen?
- Wo befinden sich die Personen?
- Ist eine Beschreibung der Personen möglich?
- Führen die Personen gefährliche Gegenstände (Waffen) mit sich?

Der Hinweisgeber hat mir dann mitgeteilt, dass die beiden Personen direkt, nachdem sie ihn bemerkt hatten vom Grundstück geflüchtet seien. Somit könne er keine Angaben zu ihrem derzeitigen Standort machen.

Zur Beschreibung der Personen befragt, konnte der Hinweisgeber lediglich die folgenden Angaben zur Frau machen:

- schwarz gekleidet
- etwas dickliche Figur
- zwischen 160 cm und 170 cm groß
- ca. 25-30 Jahre
- südländische Erscheinung

Den Mann konnte der Hinweisgeber nicht beschreiben.

Diese Informationen habe ich umgehend an die eingesetzten Streifenwagen weitergegeben. Zeitgleich haben meine Kollegen/-innen in der Leitstelle die Koordination der Streifenwagen übernommen, die auf der Anfahrt zum Haus waren. Dabei ist es wichtig, das Haus möglichst aus verschiedenen Richtungen anzufahren, um die Fluchtwege abzudecken.

Nach ca. drei Minuten traf der erste Streifenwagen am Haus ein. Da die Täter vom Grundstück geflüchtet waren, nachdem sie den Hinweisgeber bemerkt hatten, wurde durch die anderen Streifenwagen eine sogenannte Nachbereichsfahndung durchgeführt. Hierzu gehört auch die Überprüfung der Fahrzeuge, die den Tatortbereich verlassen. In einem Stadtbus konnten dann ca. 15 Minuten nach dem Notruf der Mann und die Frau festgenommen werden, die versucht hatten in das Haus einzubrechen.

Ich habe mich abschließend bei dem Hinweisgeber für den Anruf und die guten Hinweise bedankt, denn ohne den Anruf und die genannten Informationen hätten meine Kollegen/-innen die Einbrecher nicht festnehmen können.

Der Leiter der Lage- und Führungszentrale „Weser", Polizeihauptkommissar Alexander Golik, gibt die folgenden, wichtigen Hinweise für das Absetzen eines Notrufes:

- Nennen Sie ihren Namen und ihren Standort.
- Schildern Sie den Sachverhalt in kurzen, prägnanten Sätzen.
- Legen Sie nicht auf - Wir brauchen Sie für Rückfragen.
- Folgen Sie den Verhaltenshinweisen der Einsatzleitbeamten und begeben Sie sich nicht selbst in Gefahr.

## Alexandra Hädicke

Polizeikommissarin

## Matthias Wiehe

Polizeihauptkommissar

# Ein Arbeitstag im Einsatz- und Streifendienst

Mein Name ist Matthias Wiehe, ich bin 53 Jahre alt und seit 1996 im Einsatz- und Streifendienst II in der Otto-Hahn-Straße in Göttingen tätig. Seit sechs Jahren nehme ich dort die Funktion des Dienstabteilungsleiters wahr.

Die Aufgabe des Einsatz- und Streifendienstes besteht darin Gefahren für den Einzelnen und die Allgemeinheit abzuwehren, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu schützen und strafbare Handlungen zu verfolgen. Wir erhalten Einsätze über die Einsatzleitstelle, die Wache oder handeln aufgrund eigener Feststellungen. Wir als Streifenwagenbesatzung sind in den meisten Fällen zuerst vor Ort und übernehmen die ersten Maßnahmen. Wir müssen die Situation schnell erfassen, umgehend die richtigen Entscheidungen treffen und Folgemaßnahmen einleiten. Im Anschluss eines jeden Einsatzes erfolgt die Berichterstattung, die ebenfalls einen großen Teil der polizeilichen Arbeit ausmacht.

Am 31.03.2017 hatte ich Frühdienst und war mit meinem Kollegen Sebastian Vollmer unterwegs, der seit sechs Jahren im Streifendienst ist.

Für den Dienst hatten wir neben unserer Alltagsarbeit auch die Verkehrsüberwachung als Ziel. Wir haben besonders das Einhalten der Pflicht zum Tragen des Sicherheitsgurtes und die Nichtnutzung des Mobiltelefons überwacht.

Gegen 09.56 Uhr erhielten wir dann jedoch einen Einsatz durch die Lage- und Führungszentrale „Weser", dass wir sofort in den Stadtteil Nikolausberg fahren sollten. Dort sollte es zu einem versuchten Einbruch in ein Wohnhaus gekommen sein.

Ein Mann hatte zwei Einbrecher überrascht, die gerade versucht hatten ein Fenster zu seinem Haus aufzuhebeln. Die beiden Personen seien dann direkt geflüchtet.

Auf der Einsatzfahrt zum Tatort haben wir das „Blaulicht" eingeschaltet, also die Sonder- und Wegerechte genutzt. Die Leitstelle setzte neben uns noch weitere Streifenwagen ein.

Während Einsatzfahrten zu einem Haus, bei dem der Verdacht eines Einbruchs besteht, achten wir immer auf Personen und Fahrzeuge, u.a. auch öffentliche Verkehrsmittel, die uns aus der Richtung des Hauses entgegenkommen.

Aufgrund der flüchtigen Täter haben mein Kollege und ich uns dafür entschieden am Ortseingang von Nikolausberg die Fahrzeuge zu kontrollieren, die den Ort verlassen. Im Hinblick auf die vorhandene Personenbeschreibung haben wir die einzelnen Fahrzeuge in Augenschein genommen, die unsere Kontrollstelle passierten.

Eine weitere Funkstreifenwagenbesatzung habe ich direkt zur Wohnanschrift des Hinweisgebers geschickt, um diesen nochmals zum Sachverhalt zu befragen und so eventuell noch weitere Hinweise zu erhalten. Die Leitstelle koordinierte die Anfahrt der weiteren Streifenwagen, um die vorhandenen Fluchtwege abzudecken.

Bereits auf der Anfahrt erhielten wir von der Leitstelle Informationen zu den Tätern. Es handele sich um einen Mann und eine Frau. Die Frau wurde wie folgt beschrieben:

- schwarz gekleidet
- etwas dickliche Figur
- zw. 160cm und 170 cm groß
- ca. 25-30 Jahre
- südländische Erscheinung

Für den Mann habe der Hinweisgeber keine Beschreibung abgeben können.

Nach einigen Personenkraftwagen hat etwa 15 Minuten nach der Einsatzübernahme ein Stadtbus die Kontrollstelle passiert. Mein Kollege und ich haben den Bus betreten und im vorderen Teil eine weibliche Person feststellen können, auf welche die Beschreibung zutraf. Ein Fahrgast teilte mir daraufhin mit, dass die Frau gerade in den Bus gestiegen sei und ihre männliche Begleitung im hinteren Teil des Busses sitze.

Wir haben die beiden Personen daraufhin kontrolliert. In der Kontrolle hat sich ein Tatverdacht ergeben, weswegen wir die Personen festgenommen haben.
Zwei Funkstreifenwagenbesatzungen verbrachten die beiden Personen in zwei Fahrzeugen zur Dienststelle. Bei einer Durchsuchung der Frau in den Räumlichkeiten der Dienststelle konnte eine Kollegin unterhalb des BHs zwei Schraubendreher und ein Paar Handschuhe auffinden.

Im Nachhinein kam heraus, dass der Mann und die Frau auch für weitere sogenannte Tageswohnungseinbrüche, sowohl im Bereich Göttingen als auch überregional, in Betracht kommen.

# Besondere Einsätze in der Polizeidirektion Göttingen

Im Jahr 2017 wurden in der Polizeidirektion Göttingen erneut eine Vielzahl von Einsatzanlässen abgearbeitet, deren Bewältigung nur außerhalb des Alltags im Rahmen einer besonderen Struktur (einem so genannten „geschlossenen Einsatz" mit einer Stärke von mind. sieben Beamtinnen/Beamten plus einer Leitung) und teilweise auch nur mit Unterstützung von Fremdkräften wie beispielsweise Einsatzkräften der Zentralen Polizeidirektion möglich war.

Ohne Berücksichtigung der Zeitanteile für die Vor- und Nachbereitung wurden in diesen Einsätzen insgesamt 121.000 Einsatzstunden (2016: 107.500) geleistet.

## 21.000 Einsatzstunden

Mehrere inspektionsübergreifende Versammlungen mit Schwerpunkt in Göttingen im Zusammenhang „Rechts"

## 4.000 Einsatzstunden

Durchsuchungsmaßnahmen im Kontext islamistischer Gefährder im Bereich der Polizeiinspektion Göttingen am 09.02.2017

## 1.700 Einsatzstunden

Wahlkampfveranstaltung Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel in Hildesheim am 27.09.2017

## 3.000 Einsatzstunden

Durchsuchung im Bereich der Polizeidirektion Göttingen im Zusammenhang mit dem G20-Gipel am 05.12.2017

Quelle: Göttinger Tageblatt

Die Bevölkerungsstruktur in der Universitätsstadt Göttingen wird durch über 30.000 Studentinnen und Studenten geprägt. Die öffentliche Meinungsbildung und -kundgebung hat einen entsprechend hohen Stellenwert und zeigt sich an einer lebendigen Demonstrationskultur mit einer Vielzahl von Aktivitäten und versammlungsrechtlichen Aktionen.

Auch im vergangenen Jahr kam es im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Göttingen zu zahlreichen versammlungsrechtlichen Aktionen und anderen Veranstaltungen, die eine polizeiliche Begleitung erforderlich machten.

Am 01.04.2017 fand eine Versammlung des „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen – Thügida (FKTN)" am Göttinger Bahnhofsvorplatz statt, die zahlreiche Protestveranstaltungen nach sich zog.

Hunderte Einsatzkräfte aus Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und der Bundespolizei waren nötig, um die Versammlungen zu schützen und ein Aufeinandertreffen der unterschiedlichen Lager zu verhindern. Durch körperliche Auseinandersetzungen und u.a. das Zünden von Feuerwerkskörpern kam es zu fünf leicht verletzten Polizeibeamten.

Am 23.04.2017 war es wieder soweit. Die 13. Auflage der „Tour d'Energie" führte insgesamt 2.900 Teilnehmende durch Stadt und Landkreis. Für Polizei und Rettungsdienste sind Großveranstaltungen dieser Art zum einen eine willkommene Abwechslung, zum anderen aber auch eine große Herausforderung. Bis auf wenige gestürzte Radfahrer blieb dieser Tag aus Sicht der Polizeiinspektion und der Rettungsdienste in guter Erinnerung.

Quelle: HNA

Die Ereignisse im Sommer des vergangenen Jahres in Hamburg beim G20-Gipfel und deren Aufarbeitung führten im vergangenen Dezember auch im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Göttingen zu Durchsuchungsmaßnahmen.

Die Sonderkommission „Schwarzer Block" des Landeskriminalamtes Hamburg führte mit Unterstützung der Polizeiinspektion am 05.12.2017 insgesamt drei Durchsuchungen im Stadtgebiet Göttingen durch.

Als Reaktion hierauf kam es am 09.12.2017 zu einer Protestversammlung, bei der es in der Roten Straße zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrationsteilnehmern kam, die ein hohes mediales Echo auslösten. Leider waren auch hier Verletzte zu beklagen.

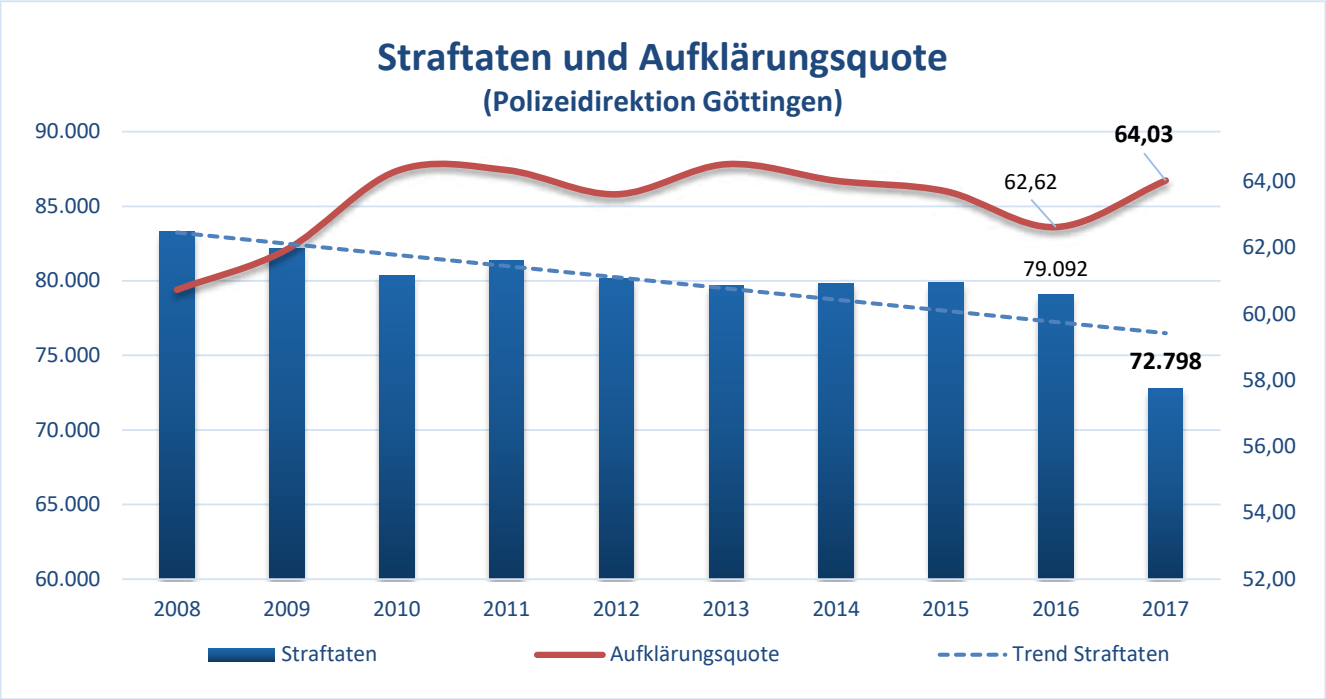
Quelle: NDR

# Kriminalitätsbekämpfung.

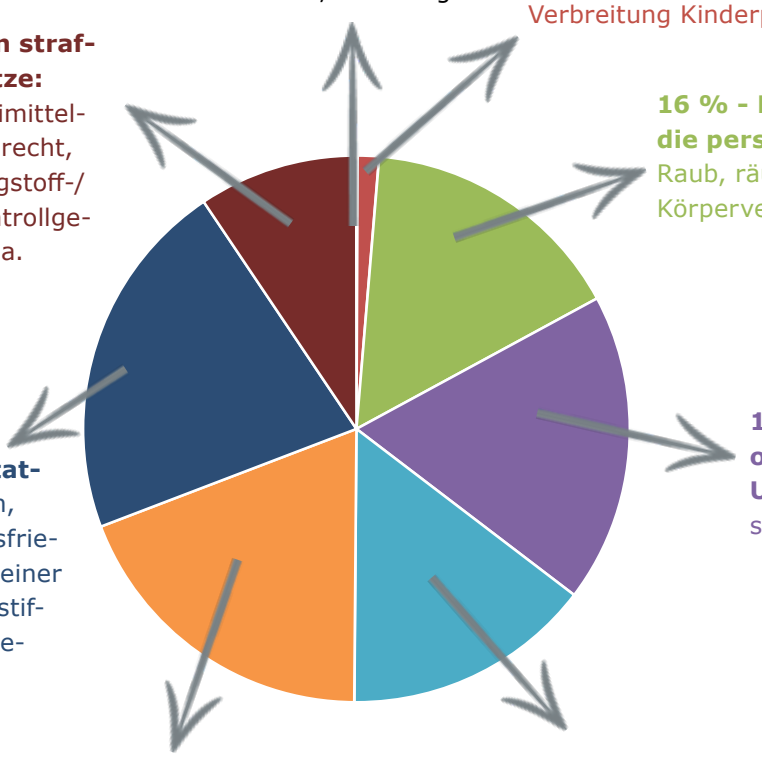
## Wir ermitteln und klären auf.

## Entwicklung der Gesamtkriminalität

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden alle strafrechtlich oder strafnebenrechtlich relevanten Lebenssachverhalte in kriminologischen Kategorien statistisch erfasst. Im Jahr 2017 wurden im Bereich der Polizeidirektion Göttingen 72.798 Straftaten in der Polizeilichen Kriminalstatistik registriert. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine rückläufige Kriminalitätsentwicklung um rund 8 % oder 6.294 Fälle. Dieses ist der niedrigste Stand der letzten 10 Jahre. Zudem konnte im Vergleich zum vergangenen Jahr die Aufklärungsquote (AQ) von 62,62 % auf 64,03 % verbessert werden.




## Zusammensetzung der Kriminalität



**0,07 % - Straftaten gegen das Leben:** Mord, Totschlag

**1,25 % - Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung:** Vergewaltigung, sexueller Missbrauch von Kindern, Verbreitung Kinderpornografie u.a.

**9 % - Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze:** Wirtschaftssektor, Arzneimittelgesetz, Aufenthalts-/Asylrecht, Rauschgiftdelikte, Sprengstoff-/Waffen-/Kriegswaffenkontrollgesetz, Tierschutzgesetz u.a.

**16 % - Rohheit/Taten gegen die persönliche Freiheit:** Raub, räuberische Erpressung, Körperverletzung

**18 % - Diebstahl ohne erschwerende Umstände:** z.B. Ladendiebstahl, Einschleichdiebstahl

**21 % - Sonstige Straftatbestände:** Erpressungen, Widerstandsdelikte, Hausfriedensbruch, Vortäuschen einer Straftat, Hehlerei, Brandstiftung, Beleidigung, Sachbeschädigung u.a.

**19 % - Vermögens- und Fälschungsdelikte:** sämtliche Betrugsdelikte, Veruntreuung, Unterschlagung, Fälschungen u.a.

**15 % - Diebstahl unter erschwerenden Umständen:** Kfz-Entwendungen, Einbrüche in Häuser, Wohnungen, Gewerbebetriebe u.a.

# Deliktsbereiche

Nachstehend werden Deliktsbereiche betrachtet die von besonderem Interesse sind.

### Flüchtlingskriminalität

Unter dem Begriff Flüchtlinge wurden die Tatverdächtigen mit dem Aufenthaltsstatus Asylverfahren, Duldung, Kontingentflüchtling oder unerlaubter Aufenthalt subsumiert. Diese haben mit 4,6 % (3.317 Fälle) einen eher geringen Anteil am allgemeinen Straftatenaufkommen. Die in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der Zuwanderung häufig propagierte „Kriminalitätswelle" hat sich damit nachweislich nicht bestätigt. Personen mit Flüchtlingsstatus treten nach unserer Feststellung nicht signifikant häufiger als Straftäter in Erscheinung als andere.

### Straftaten gegen das Leben

Straftaten wie Mord und Totschlag stellen glücklicherweise einen eher geringen Kriminalitätsanteil in der Gesamtheit aller bekanntgewordener Straftaten dar. Für das Jahr 2017 ist darüber hinaus auch weiterhin ein Rückgang der Tötungsdelikte zu vermerken. Dem Deliktsbereich wird wegen der zum Teil erheblichen Auswirkungen auf die Opfer und des hohen öffentlichen Interesses seitens der Polizei größte Aufmerksamkeit gewidmet, dem auch die gute Aufklärungsquote von 96 % gerecht wird. Von 33 Taten aus der Deliktsgruppe „Mord" und „Totschlag" (davon 21 Versuche) konnten alle aufgeklärt werden!

### Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Bei den Sexualdelikten ist ein Anstieg im Vergleich zum Jahr 2016 von 777 auf 911 Straftaten festzustellen. Ein großer Zuwachs ergibt sich hierbei aus den Straftaten der sexuellen Belästigung. Insbesondere der § 184 i StGB, der im Rahmen der Änderung des Strafgesetzbuches am 01.11.2016 in Kraft getreten ist und die mediale Aufarbeitung zu den sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht 2015/16 könnten hier zu einer höheren Anzeigebereitschaft der betroffenen Opfer und einem Zuwachs innerhalb des Deliktsbereiches geführt haben. Trotz einem Anstieg von Straftaten liegt die Aufklärungsquote in diesem Bereich weiterhin auf dem hohen Niveau von 90 %.

### Häusliche Gewalt

Die Anzahl der in der Polizeidirektion Göttingen bearbeiteten Fälle im Kontext „Häuslicher Gewalt" ist im Berichtsjahr 2017 um 1,9% (57 Fälle) und damit auf dem zweithöchsten Stand seit der gezielten statistischen Erfassung im Jahr 2009 angestiegen. Dabei wurde bei 82% der Straftaten gegen einen männlichen Tatverdächtigen ermittelt. In 75% der Fälle (2.273) standen Täter und Opfer in einer partnerschaftlichen oder familiären Beziehung. Alkoholbeeinflussung des Täters wurde in rund 28% der Fälle festgestellt.

### Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte

Die Anzahl der Widerstandsdelikte ist leicht um -8,6% (-18 Fälle) gesunken. Dementgegen sind die Körperverletzungsdelikte gegen Polizeivollzugsbeamte im Jahr 2017 um +11,3% (+15 Delikte) erneut angestiegen. Augenscheinlich ist die Bereitschaft, Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in Ausübung ihres Dienstes an den Bürgerinnen und Bürger körperlich anzugehen, weiterhin ungebrochen. Im Berichtsjahr 2017 waren 27 Kolleginnen und Kollegen auf Grund von Gewalteinwirkung Dritter zumindest zeitweise nicht dienstfähig. Sie standen für ihre Aufgabenerfüllung und letztlich den Bürgerinnen und Bürgern für insgesamt 387 Tagen bzw. 3.096 Arbeitsstunden nicht zur Verfügung.

### Cybercrime / Digitale Spuren

Die Bekämpfung von Cybercrime und Ermittlungen zu digitalen Spuren haben in den letzten Jahren einen immer stärkeren Stellenwert eingenommen. Im Vordergrund der Cyber-Aktivitäten steht die Nutzung des Internets als Tatmittel, um sich zum Beispiel durch Betrug rechtswidrig Vermögensvorteile in einer anonymen virtuellen Welt zu verschaffen. Die Polizeidirektion Göttingen konzentrierte sich im letzten Jahr im Rahmen eines zur Cybercrime-Bekämpfung landesweiten Pilotvorhabens darauf, personelle, technische und organisatorische Maßnahmen weiter umzusetzen und auszubauen. Hierbei gilt es insbesondere die Ermittlungen in (Umfangs-) Verfahren weiter zu professionalisieren, die Voraussetzungen und Ressourcen zur Analyse von unstrukturierten sog. „Massendaten" auszubauen und die Schaffung einer modernen, technischen Infrastruktur nach einem einheitlichen IT-Konzept weiter voranzutreiben. Dazu gehört auch die Integration weiterer externer IT-Spezialisten in die Polizeiarbeit der Behörde. Mit der professionellen Unterstützung bereits im Bereich der Ermittlungen und Analyse tätiger Informatiker konnte positive Ergebnisse erzielt werden.

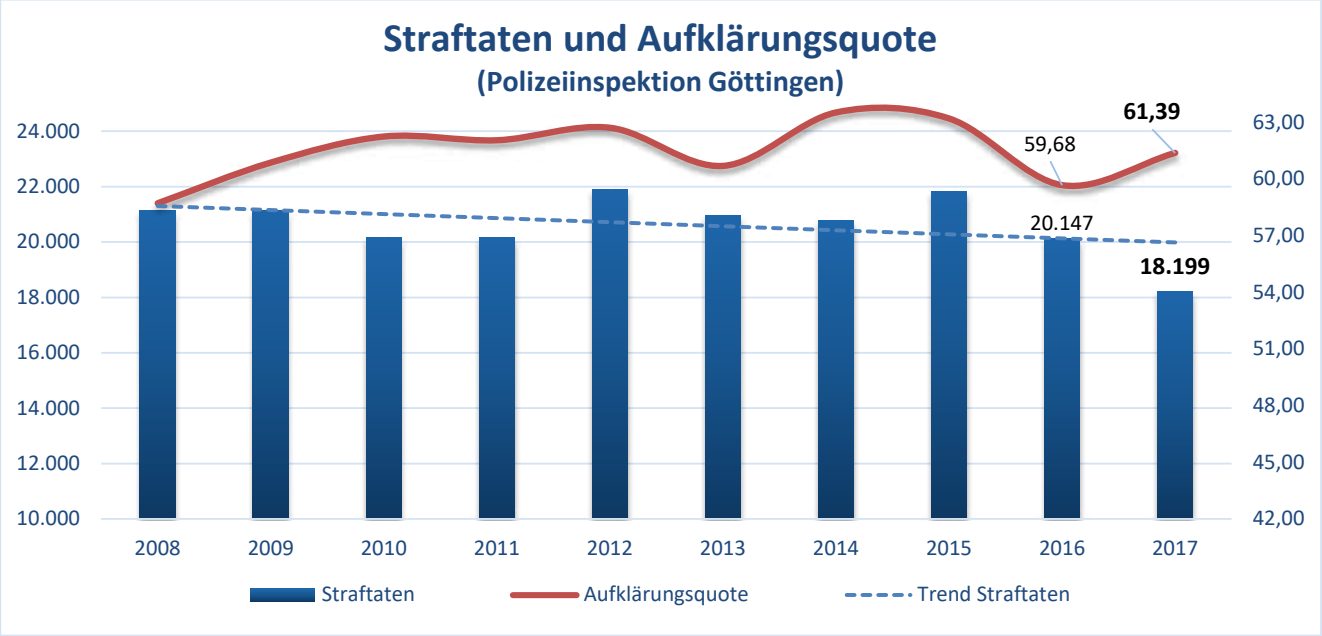
Die Polizeidirektion Göttingen ist auf Landesebene in allen Arbeitsgruppen als kompetenter Ideengeber – insbesondere als „Pionier" beim Aufbau einer IT-Infrastruktur für die Analyse – vertreten. Aktuell arbeiten als besondere Organisationen zwei „Task Forces Cybercrime/Digitale Spuren" in der Polizeidirektion Göttingen. Eine in der Zentralen Kriminalinspektion und eine weitere in der Polizeiinspektion Göttingen.

In diesem Zusammenhang stattete der niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, am 19. September 2017 der „Task Force Cybercrime/Digitale Spuren" (TFCC/DS) der Polizeiinspektion Göttingen, einen Besuch ab, um sich in einem 45-minütigen persönlichen Gespräch mit den 16 Ermittlerinnen und Ermittlern der Task Force ein Bild von deren Aufgaben und Erfolgen zu machen. Der Minister verließ das Gespräch mit einem Lob für die Göttinger Task Force Cybercrime. Sie seien Experten bei der Suche nach der „Datennadel im Informationsheuhaufen."

### Diebstahlsdelikte

In einer Gesamtbetrachtung des einfachen und schweren Diebstahls ist ein deutlicher Rückgang bei 24.043 Straftaten von insgesamt -3.291 Taten festzustellen. Bei den Delikten der einfachen Diebstahlskriminalität ist insbesondere im Bereich des Taschendiebstahls (-167 Fälle) die Anzahl um 19,8 % zurückgegangen. Dies bedeutet zugleich das niedrigste Straftatenaufkommen der letzten zehn Jahre. Diese Entwicklung im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen dürfte im Wesentlichen auf die Präventionsmaßnahmen im Zusammenhang mit Weihnachtsmärkten, Urlaubszeit etc. zurückzuführen sein. So wurden beispielsweise Flyer mit Hinweisen und Verhaltenstipps zum Thema „Taschendiebstahl" verteilt und im Internet auf das Thema aufmerksam gemacht.

Bei den schweren Diebstählen in/aus Kfz (- 661 Fälle) ist zum Vorjahr ein Rückgang an Straftaten von rund 20 % zu verzeichnen. Die Anzahl der Totalentwendungen von Kraftfahrzeugen ist bei einem Rückgang von -54,3 % (-96 Fälle) auf 205 Delikte ebenfalls auf dem niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Die Aufklärungsquote wurde hier um rund + 3 Prozentpunkte auf 23,9 % gesteigert. Bei den entwendeten Fahrzeugen zählten Audi, Daimler Benz, VW und BMW zu den begehrtesten Fahrzeugtypen.




Das Straftatenaufkommen ist im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Göttingen im Jahr 2017 erstmalig deutlich unter die 20.000er Marke gesunken. Die Gesamtzahl der Kriminalität hat sich in der Polizeiinspektion Göttingen von 20.147 Delikten im Jahr 2016 um 1.948 auf 18.199 Delikte im Jahr 2017 verringert. Das sind 9,67 % weniger Straftaten.

1.870 Straftaten wurden davon im Zuständigkeitsbereich des Polizeikommissariats Duderstadt und 1.730 Straftaten im Zuständigkeitsbereich des Polizeikommissariats Hann. Münden erfasst.

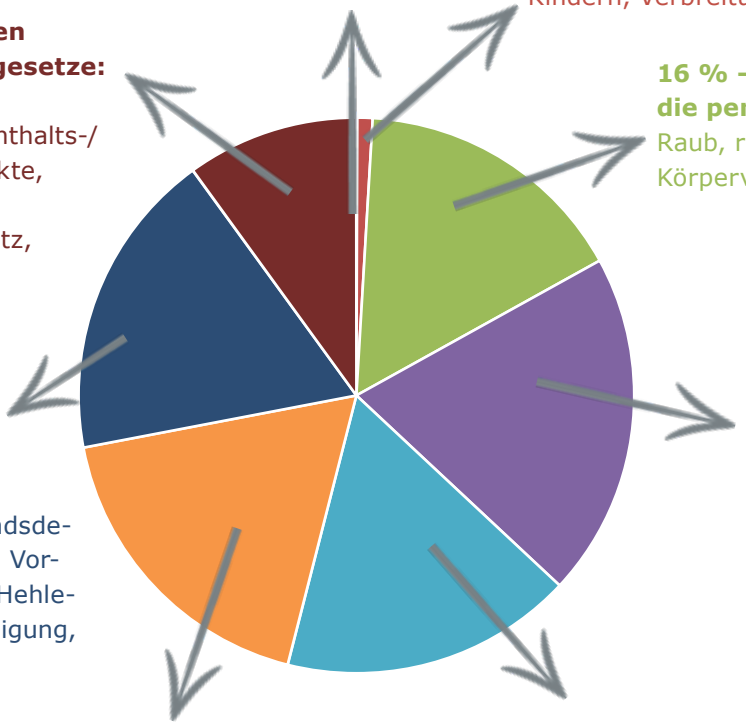
Die Aufklärungsquote liegt bei 61,39 % und damit deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres und im guten durchschnittlichen Trend der letzten zehn Jahre.

Der am stärksten zu verzeichnende Rückgang von Straftaten ist in den Deliktsfeldern der strafrechtlichen Nebengesetze zu verzeichnen. Hier sank die Anzahl von 2.982 auf 1.791 Straftaten. Das ist ein Rückgang um 39,94 %. Ein Grund dafür dürfte der Rückgang der Strafverfahren gegen das Aufenthalts-, das Asyl- und das Freizügigkeitsgesetz/EU im Vergleich zum Vorjahr sein. Wenn sich bereits 2016 die Kriminalität rund um die Flüchtlingssituation beruhigt hatte, so wurden 2017 im Vergleich zum Vorjahr nochmals 1.500 Strafverfahren weniger gegen das Aufenthalts-, das Asyl- und das Freizügigkeitsgesetz/EU geführt.

Auch 2017 stand die Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität im Fokus der Polizeiinspektion Göttingen. Intensivierte Kontrollaktivitäten führten zu einer Steigerung der erfassten Fallzahlen um 34,6 %. Damit im Zusammenhang steht sicherlich auch der Rückgang des Diebstahls aus Kraftfahrzeugen als typisches „indirektes Beschaffungsdelikt" um 16 %.

# Zusammensetzung der Kriminalität in der Polizeiinspektion Göttingen

Im Einzelnen verteilten sich die begangenen Straftaten im Jahr 2017 wie folgt auf die einzelnen Deliktsgruppen:



**0,05 % - Straftaten gegen das Leben:** Mord, Totschlag

**0,88 % - Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung:**
Vergewaltigung, sexueller Missbrauch von Kindern, Verbreitung Kinderpornografie u.a.

**16 % - Rohheit/Taten gegen die persönliche Freiheit:**
Raub, räuberische Erpressung, Körperverletzung

**20 % - Diebstahl ohne erschwerende Umstände:**
z.B. Ladendiebstahl, Einschleichdiebstahl

**17 % - Diebstahl unter erschwerenden Umständen:**
Kfz-Entwendungen, Einbrüche in Häuser/Wohnungen, Gewerbebetriebe u.a.

**18 % - Vermögens- und Fälschungsdelikte:**
sämtliche Betrugsdelikte, Veruntreuung, Unterschlagung, Fälschungen u.a.

**18 % - Sonstige Straftatbestände:**
Erpressungen, Widerstandsdelikte, Hausfriedensbruch, Vortäuschen einer Straftat, Hehlerei, Brandstiftung, Beleidigung, Sachbeschädigung u.a.

**10 % - Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze:**
Wirtschaftssektor, Arzneimittelgesetz, Aufenthalts-/Asylrecht, Rauschgiftdelikte, Sprengstoff-/Waffen-/Kriegswaffenkontrollgesetz, Tierschutzgesetz u.a.

Ebenfalls rückläufig sind die Zahlen in den Deliktsbereichen Diebstahl ohne erschwerende Umstände (-7,64 %). Hier konnten die Straftaten von 3.914 in 2016 auf 3.615 Straftaten in 2017 reduziert werden.

Ähnlich ist der Rückgang in den Deliktsfeldern Diebstahl unter erschwerenden Umständen mit einer Minderung um 196 Straftaten (-5,92 %). Eine der Hauptgründe hierfür dürften die mehrfach durchgeführten Kontrollmaßnahmen im Raum Göttingen gewesen sein. So haben wir im Bereich Wohnungseinbruchdiebstahl ein Rückgang von 117 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr.

Leichte Reduzierungen sind in den Bereichen Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (-4,13 %) und sonstige Straftatbestände (-6,82 %) zu verzeichnen.

Nahezu unverändert bewegen sich die Straftaten gegen das Leben. So wurden im Jahr 2016 insgesamt neun und 2017 zehn Taten registriert. Sie stellen zwar nur einen äußerst geringen Kriminalitätsanteil dar, greifen jedoch erheblich in das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ein.

Im Bereich Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist der größte Anstieg zu verzeichnen. 2016 wurden in der Polizeiinspektion Göttingen 140 Straftaten erfasst, 2017 wurden 161 Taten verzeichnet. Das ist ein Anstieg um 15 % im Vergleich zum Vorjahr.

## Verbrechensbekämpfung im Internet. Task Force Cybercrime/Digitale Spuren (TFCC/DS) der Polizeiinspektion Göttingen

Die TFCC/DS der Polizeiinspektion Göttingen besteht aus drei Spezialabteilungen: Ermittlern, Analysten und Datenverarbeitern. Die TFCC/DS verfügt über drei ausgebildete Informatiker.

Hier einige Zahlen zum quantitativen Output der TFCC/DS der Polizeiinspektion Göttingen:

- seit ihrer Einrichtung (01.10.2016) wurden bereits 2.068 Strafanzeigen angelegt (Stichtag 13.12.2017).
- Über 1.000 Straftäter konnten ermittelt werden.
- Allein durch die sieben Cybercrime-Ermittler/-innen wurden darüber hinaus rund 700 Hilfestellungen für Kolleginnen und Kollegen geleistet, welche ein Problem oder eine Fragestellung mit Bezug zu Cybercrime hatten.

### Zwei herausragende und umfangreiche Ermittlungskomplexe (EK) aus 2017:

In einem Fall wurden durch eine Serverüberwachung im Ausland und unter Beteiligung einer ausländischen Polizeibehörde 18.000 Computerbetrügereien ermittelt mit einer Gesamtschadenshöhe von circa zehn Mio. Euro.

In einem zweiten Verfahren hatte der Beschuldigte unter Nutzung diverser gefälschter österreichischer Personalausweise bei vier Kreditinstituten mehrere Girokonten betrügerisch eröffnet, Ebay-Accounts gehackt sowie hochwertige Unterhaltungselektronik beziehungsweise Smartphones verkauft, ohne zu liefern. Der Einsatz der erlangten Giro-/Kreditkartendaten diente dabei zu unberechtigten Käufen und Bargeldabhebungen sowie der Nutzung der Girokonten im Rahmen des „cash out" für Fakeshops.

# Wohnungseinbruchdiebstahl

# Wohnungseinbruchdiebstahl - Durch Maßnahmenbündel Trendwende erreicht

Die Strafverschärfung des Wohnungseinbruchdiebstahls (Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren) im letzten Jahr zeigt deutlich, wie ernst der schwerwiegende Eingriff in den privaten Lebensbereich des Bürgers genommen wurde und wie wichtig eine intensive Verfolgung dieser Taten von Seiten der Polizei ist.

Mit dem Blick auf die Polizeiliche Kriminalstatistik ist erstmalig seit zehn Jahren wieder ein deutlicher Rückgang der Fallzahlen um 17 % beim Wohnungseinbruchdiebstahl zu verzeichnen.

Darüber hinaus zeigt die Aufklärungsquote mit 26,75 % in 2017 erstmals wieder einen ansteigenden Trend (siehe Diagramm).

Die in den letzten Jahren steigende Anzahl von Wohnungseinbrüchen bei gleichzeitig fallenden Aufklärungsquoten stellte für die Polizeidirektion Göttingen eine besondere Herausforderung dar. Neben den bisherigen polizeilichen Maßnahmen wurde zur Bekämpfung der qualifizierten Eigentumskriminalität am 01.01.2017 die Koordinierungsstelle (KOST) Eigentum eingerichtet.

### Auswertung und Koordinierung

Die Aufgaben der KOST liegen in der überregionalen Informationsgewinnung, -auswertung und -steuerung. Ziel ist es, den Einsatz- und Streifendienst sowie die ermittelnden Bereiche in ihrer Arbeit zu unterstützen. Darüber hinaus beobachtet die KOST auch die anderen Deliktsfelder der Eigentumskriminalität wie zum Beispiel den Diebstahl in/aus und von Pkw.

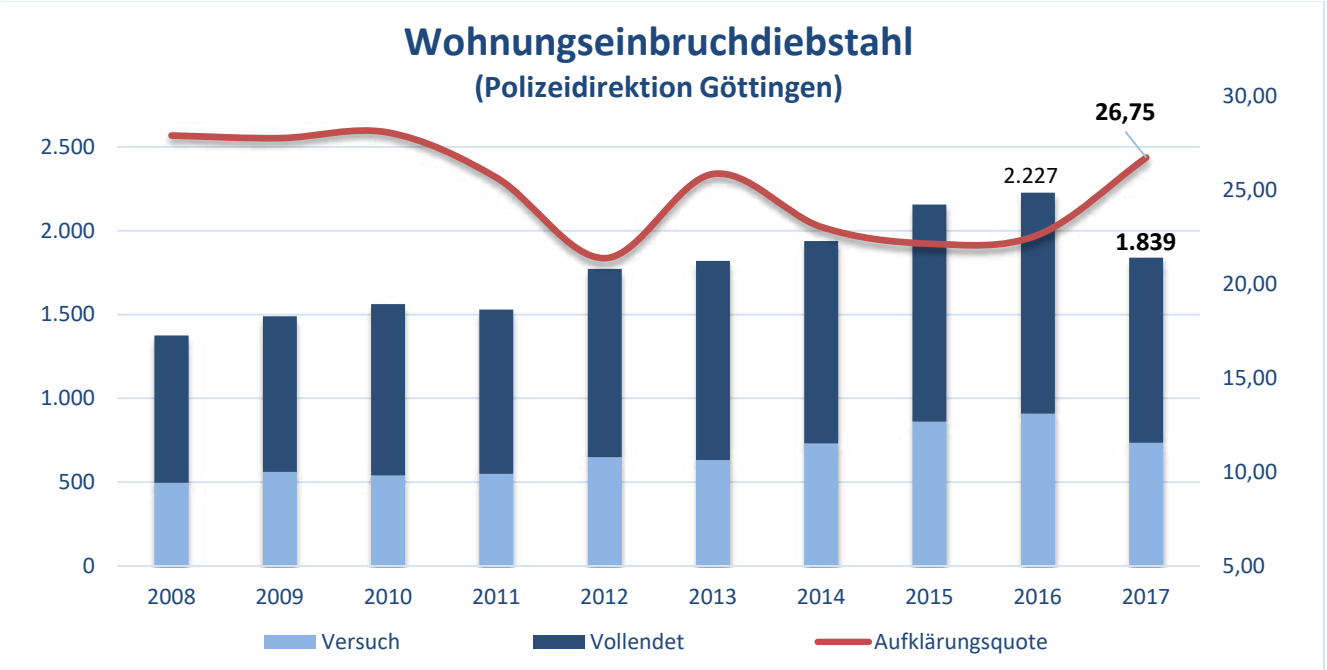
Ergänzend zur örtlichen Auswertung der Analysestellen führt die KOST eine tägliche behörden- und länderübergreifende Analyse durch. Auf Basis daraus gewonnener Erkenntnisse erstellt die KOST ein Lagebild, das den Inspektionen der Polizeidirektion Göttingen und ihren Nachbardienststellen ermöglicht, frühzeitig Brennpunkte sowie Tat- und Täterstrukturen zu erkennen und diese in ihre Ermittlungen einfließen zu lassen.

Hier hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass Tatverdächtige zu einem Wohnungseinbruchdiebstahl im hiesigen Bereich bereits zuvor in angrenzenden Dienststellen polizeilich in Erscheinung getreten sind. Aus diesem Grund arbeitet die KOST an einer professionellen Vernetzung über die Ländergrenzen hinaus, um einen hohen Informationsaustausch zu gewährleisten.

### Abstimmung und Optimierung

Ein Großteil der Wohnungseinbrüche wird überwiegend von reisenden, gut organisierten Tätergruppen begangen. Im Rahmen einer Dienstbesprechung zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft wurden Merkmale erarbeitet, die als sog. Indikatoren für ein qualifiziertes Vorgehen gelten. Ein Augenmerk liegt hier unter anderem bei den Tatörtlichkeiten, den Vorgehensweisen der Täter, der Anzahl von Schuhsohlenabdrücken, den Tathäufungen und hochwertigem Diebesgut. Mit Hilfe der beschriebenen und dokumentierten Merkmale durch die Polizei konnten die internen Abläufe sowie die Zusammenarbeit mit der Justiz beispielsweise Staatsanwaltschaft optimiert werden.

Durch die Vereinfachung der Verfahrensbearbeitung ist es den Staatsanwaltschaften möglich, ausreichend Anhaltspunkte für die Anordnung weiterführender Maßnahmen und Anschlussermittlungen zu erhalten, die letztendlich eine Täterfestnahme erleichtern.



# Wohnungseinbruchdiebstahl - Durch Maßnahmenbündel Trendwende erreicht

## Kontrollen

Im letzten Jahr führten die Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen neben 80 Schwerpunktkontrollen auch im Rahmen des täglichen Einsatz- und Streifendienstes zusätzliche Kontrollen durch. Insgesamt wurden so rund 3750 Fahrzeuge und gut 5000 Personen angehalten und überprüft. Die Kontrollorte und -zeiten wurden an den tatkritischen Zeiten und Brennpunkten ausgerichtet. Während der polizeilichen Maßnahmen wurden unter anderem kurzfristige Observationen, Personal- und Fahrzeugdaten sowie Schuhsohlen-Muster bei tatverdächtigen Personen dokumentiert. Insbesondere anhand von Schuhsohlenabdrücken konnten in der Vergangenheit immer wieder Tatverdächtigen bestimmte Tatserien zugeordnet werden. Darüber hinaus boten sie weitere Ermittlungsansätze zur Aufklärung von Straftaten im Wohnungseinbruchdiebstahl.

Mit den Kontrollmaßnahmen wurde der Kontrolldruck, der von potenziellen Tätern wahrgenommen wurde, und das Entdeckungsrisiko deutlich erhöht.

# Bekämpfung des WED in der Polizeiinspektion Göttingen

## Umfangreiche Aktivitäten führen zum Erfolg

Die intensive und professionelle Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls stellt auch in der Polizeiinspektion Göttingen weiterhin einen Kernpunkt der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung dar.

Aktuell ist ein Rückgang der registrierten Wohnungseinbruchdiebstähle im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Göttingen um 22,5 % auf 403 Taten zu verzeichnen (2016: 520 Taten). Die Aufklärungsquote in diesem Phänomenbereich liegt mit aktuell 26,80 % mehr als drei Prozentpunkte über der Aufklärungsquote von 2016 mit 23,65 %.

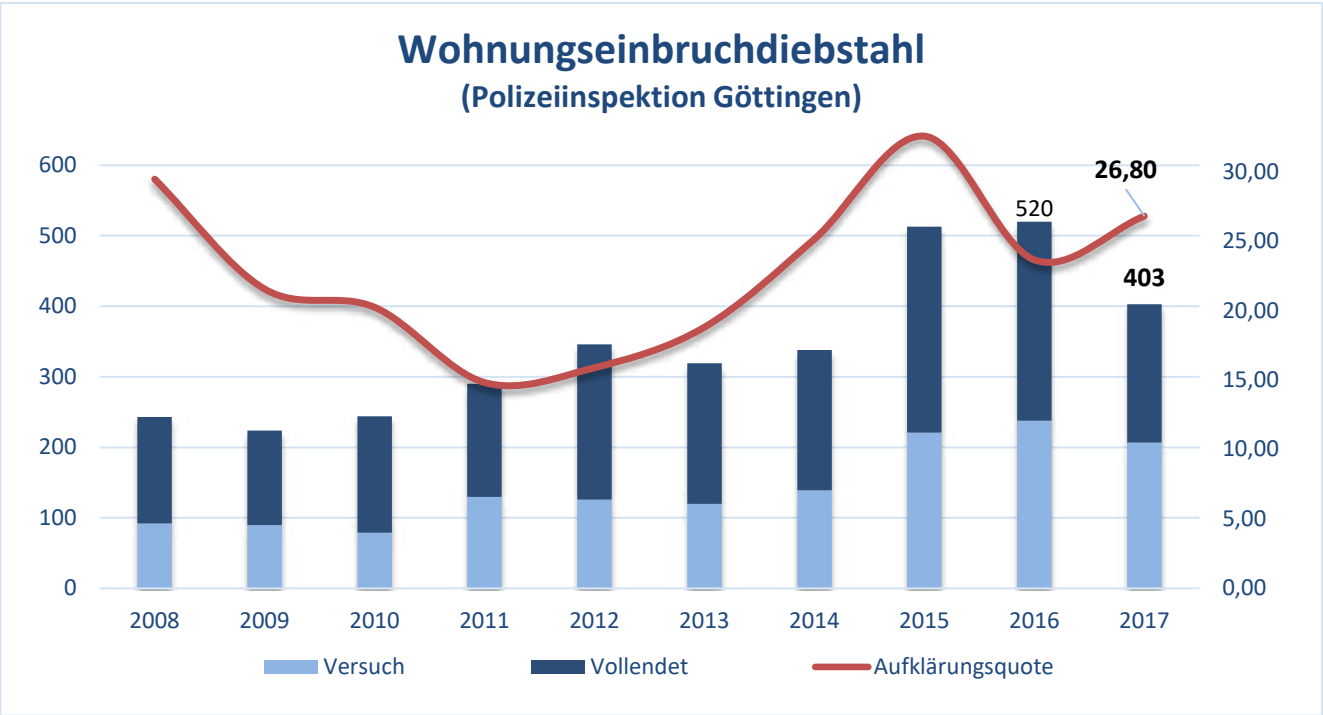
2017 wurden insgesamt vier erkannte Tatserien, davon zwei begangen durch deutsche, ortsansässige Tatverdächtige, beweiskräftig aufgeklärt. Eine hier herausragende Serie mit insgesamt 34 geklärten Taten erstreckte sich auf den Zuständigkeitsbereich des Polizeikommissariats Duderstadt. Zwei weitere Tatkomplexe sowie mehrere im Stadtgebiet und Landkreis Göttingen begangene Einzeltaten eines – auch im angrenzenden Landkreisbezirk ansässigen – Familienclans mit Migrationshintergrund, konnte durch die eingerichtete Ermittlungsgruppe Wohnung beweiskräftig ausermittelt werden. Das Erkennen und Bearbeiten von Taten, die von überörtlich agierenden Tätern begangen werden, ist auch weiterhin klares Ziel der Ermittlungsgruppe Wohnung.

Darüber hinaus dürften die Straftaten, die an sozialen Brennpunkten (Großraumwohnanlagen) begangen werden und der indirekten aber auch direkten Beschaffungskriminalität zuzurechnen sind, in der Gesamtbetrachtung bei weiterhin circa 30 % liegen.

Zum Teil mitverantwortlich für den Rückgang der Fallzahlen im Jahre 2017 waren die initiierten Kontrollmaßnahmen der Ermittlungsgruppe Wohnung. Hier wurden – an definierten Brennpunkten – bei insgesamt 42 Großkontrollmaßnahmen mit insgesamt 882 Beamten und 7.327 Stunden, 1.600 Fahrzeuge und 1.865 Personen überprüft.

Die Präventionsangebote der Polizei werden auch weiterhin gut angenommen. Nicht zuletzt hierdurch kam es zu einer erheblichen Verbesserung des privaten Einbruchschutzes. Dies führte somit im Ergebnis auch dazu, dass nahezu 50 % der Taten im Versuchsstadium beendet wurden.

Zudem wird aktuell verstärkt auf den 2016 ins Leben gerufenen „Offensiven Einbruchschutz" gesetzt. Hier werden offene Gruppenberatungen für interessierte Bürger und große Vermieter-Unternehmen in Stadt und Landkreis Göttingen durchgeführt. Begleitet werden diese Maßnahmen von weiteren Aktionen wie fußläufigen Präventionsstreifen in tatbetroffenen Gebieten und Infoständen auf Messen sowie dem alljährlichen Tag des Einbruchschutzes. Darüber hinaus hat sich eine Telefonberatungsstunde an jedem Mittwoch, 15.00-16.00 Uhr, etabliert. Insgesamt konnten so im Jahr 2017 in der Polizeiinspektion Göttingen gut 1.200 Menschen zum Thema Einbruchschutz beraten werden.



# Prävention zur Verhinderung von Wohnungseinbruchdiebstählen

**Prävention**

Im vergangenen Jahr wurden im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen 1.296 Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung der Eigentumskriminalität durchgeführt. Dazu gehörten neben der sicherheitstechnischen Beratung an privatem Eigentum und Mietobjekten auch die Erstellung von Sicherheitskonzepten an gewerblichen Objekten sowie Vortragsveranstaltungen zur Sensibilisierung der Bevölkerung.

Erstmals hat die Polizeidirektion Göttingen die sozialen Medien Twitter und Facebook genutzt, um Präventionsbotschaften zu vervielfältigen. Im Rahmen einer Landeswebwoche wurde die Bevölkerung durch täglich wechselnde Informationen zu Sicherheitsaspekten unter dem Hashtag #sicherfürdich informiert und zu Präventionsveranstaltungen der Präventionsteams eingeladen.

Mit Ende der Landeswebwoche startete die jährliche Herbstoffensive der Polizei zur Verhinderung von Wohnungseinbrüchen in der dunklen Jahreszeit. Seit dem 29. Oktober 2017, dem bundesweiten Tag des Einbruchschutzes, wurden insgesamt 115 Maßnahmen zur Verhinderung der Einbruchskriminalität initiiert, um die Bevölkerung über ein sicheres Verhalten und geeignete Maßnahmen rund um ihren Wohnbereich aufzuklären.

Das Landeskriminalamt Niedersachsen führte 2017 ihre Zentralveranstaltung zur Prävention des Wohnungseinbruchdiebstahls im Rahmen der Herbstoffensive in der Polizeiinspektion Hildesheim durch. In der Rathaushalle wurden mit dem Präventionsteam der Polizei, der Verbraucherzentrale und dem Präventionsrat der Stadt Hildesheim Botschaften und Informationen aus verschiedenen Perspektiven vermittelt.

Darüber hinaus wurden allerorts Informations- und Beratungsoffensiven gestartet, um mit neuen Erkenntnissen und bewährten Methoden dazu beizutragen, dass sich die Bevölkerung in den Städten und Gemeinden der Polizeidirektion Göttingen sicher fühlt und in die Lage versetzt wird, eigenverantwortlich für mehr Sicherheit im eigenen Wohnbereich sorgen zu können. Als bewährte Partner stehen der Polizei auch weiterhin zertifizierte Handwerksbetriebe mit Angeboten zur Seite, die Sicherheitsaspekte aus Sicht der Polizei mit den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbinden.

Der Erfolg der Präventionsmaßnahmen wird durch die jüngste Dunkelfeldstudie des Landeskriminalamtes Niedersachsen bestätigt. So hat der Anteil der Personen, die technische Sicherungsmaßnahmen zur Verhinderung des Einbruchsdiebstahls in ihren Wohnungen ergriffen haben, deutlich zugenommen.

## Polizeioberkommissar Marko Otte, Beauftragter für Kriminalprävention der Polizeiinspektion Göttingen empfiehlt:

„Im Bereich der technischen Prävention sollten Sicherungselemente aus dem Bereich der Mechanik an erster Stelle stehen. Elektronische Sicherungen sind eine gute Ergänzung. Aber auch das eigene Verhalten und Angewohnheiten sollten überdacht und ggf. geändert werden.

Vor dem Verlassen der Wohnung sollten immer Terrassentüren und Fenster geschlossen und die Wohnungstür abgeschlossen werden. Bei längerer Abwesenheit sollte das Haus zudem einen bewohnten Eindruck vermitteln.

Darüber hinaus sollte bei verdächtigen Feststellungen unbedingt sofort die Polizei verständigt werden. Die Hinweise der Bürgerinnen und Bürger sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil einer erfolgreichen Polizeiarbeit. Verdächtige Personen oder Handlungen zu melden, spielt eine große Rolle. Dafür steht in den Fällen, in denen der Funkstreifenwagen schnell vor Ort sein muss der Notruf 110 zur Verfügung."

### Verhaltenshinweise bei Einbrüchen

Die meisten Einbrüche werden verübt, wenn die Bewohner nicht zu Hause sind. Dies wird in der Regel vorher ausgekundschaftet.

**1. Situation:**
Verhalten nach einem Wohnungseinbruch
- Ruhe bewahren und sofort Polizei über den Notruf 110 verständigen
- Wohnung nicht betreten

→ Täter könnten sich noch im Gebäude befinden
→ wertvolle Spuren könnten vernichtet werden

**2. Situation:**
Täter flüchten, wenn ich nach Hause komme
- den Täter nicht aufhalten
- dem Täter die Flucht ermöglichen
- Personenbeschreibungen, Fluchtfahrzeug, Kennzeichen, Fluchtrichtung einprägen
- sofort Polizei über Notruf 110 verständigen

**3. Situation:**
Verhalten bei fremden Personen im Haus während ich schlafe
- Ruhe bewahren und Aufmerksamkeit erregen („Wer ist da? Ich habe die Polizei verständigt!")
- Licht einschalten
- im Schlafzimmer einschließen
- sofort Polizei über Notruf 110 verständigen
- nicht Kontakt zum Täter suchen
- dem Täter die Möglichkeit zur Flucht geben
- wenn möglich Personenbeschreibung, Fluchtfahrzeug, Fluchtrichtung einprägen

Täter wollen in der Regel nicht mit den Bewohnern konfrontiert werden. Sie flüchten.

Kein Hab und Gut ist so wertvoll wie die körperliche Unversehrtheit.

# Polizeilicher Staatsschutz

# Allgemeiner polizeilicher Staatsschutz

### Politisch motivierte Kriminalität – Rechts

Die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) Rechts – insbesondere rechtsmotivierter Gewaltdelikte – stellt eine konstant hohe Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar.

Mit der Flüchtlingsthematik hat die rechte Szene ein weiteres Agitationsfeld gefunden. Sie wird ihre Anstrengungen, die darauf abzielen, die Flüchtlings- beziehungsweise Asylpolitik polarisierend aufzubereiten und für die eigenen Interessen zu instrumentalisieren, perspektivisch fortführen.

Auch die Themenkomplexe Islamfeindlichkeit und die Konfrontation mit dem politischen Gegner stellen für die rechte Szene noch immer ein bedeutendes Betätigungsfeld dar.

### Politisch motivierte Kriminalität – Links

Die linke Szene ist in der Lage, politische Themen tagesaktuell aufzugreifen und für eine Mobilisierung der Szeneangehörigen zu nutzen. Dabei ist insbesondere im Zusammenhang mit Veranstaltungen, aber auch davon losgelöst, weiterhin von einer hohen Gewaltorientierung der linksextremistischen Szene auszugehen. Ein Brennpunkt liegt weiterhin in der Polizeiinspektion Göttingen.

Im Nachgang zu den Protesten zum G20-Gipfel in Hamburg werden auch gegen Tatverdächtige aus Göttingen Ermittlungsverfahren geführt. Aufgrund der in diesem Kontext durchgeführten Durchsuchungsmaßnahmen meldete „Die Linke Göttingen" eine Demonstration unter dem Motto „Gegen die politische Verfolgung linker Gruppen" durch die Innenstadt Göttingens an. Daran waren ca. 550 Teilnehmende beteiligt. Einige Personen haben sich u.a. vermummt und Pyrotechnik abgefeuert, um ihren politischen Gedanken zum Ausdruck zu bringen. In der Folge kam es zu Auseinandersetzungen mit Polizeikräften.

### Fallzahlen PMK – Rechts und Links

Die Fallzahlen des Jahres 2017 bewegen sich in etwa auf dem langjährigen Niveau der Polizeidirektion Göttingen. Demgegenüber waren im Jahr 2016 sowohl im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Rechts als auch im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität – Links vergleichsweise sehr hohe Fallzahlen zu verzeichnen. Diese Entwicklung war nahezu ausschließlich auf Straftaten im Zusammenhang mit Veranstaltungen des sog. Freundeskreises Thüringen Niedersachsen im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Göttingen zurückzuführen (Rechts-/Links-Konflikt).

### Reichsbürger und Selbstverwalter

Auch in der Polizeidirektion Göttingen sind seit Anfang 2016 vermehrt Ermittlungsverfahren mit Bezug zur Reichsbürgerszene in Bearbeitung.

Eine einheitliche „Reichsbürger und Selbstverwalter-Bewegung" existiert jedoch nicht. Wird ein weit gefasster Maßstab angelegt, liegt die Gesamtanzahl der in Niedersachsen in diesem Zusammenhang auffällig gewordenen „Reichsbürger und Selbstverwalter" bei etwa 1.400 Personen. Auffällig werden diese Personen, welche die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen beziehungsweise nicht anerkennen, u.a. durch die anhaltende Versendung von Schriftstücken an diverse Empfänger oder durch die Begehung von Straftaten wie Beleidigung, Belästigung, Bedrohung, Betrug, Urkundenfälschung oder durch Widerstandshandlungen und Gewaltdelikte.

Gerade vor dem Hintergrund, dass vielfach der „Reichsbürgerszene" zugehörige Personen legal Waffen besitzen, ist für eine effektive Gefahrenabwehr ein intensiver Informationsaustausch zwischen den Behörden notwendig.

Die Agitation von Reichsbürgern gegen den Staat kann Beleg für eine Unzuverlässigkeit sein und stellt somit die Grundlage für den Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse dar. Der Zuverlässigkeitsprüfung nach § 5 WaffG und § 8 a SprengG kommt demnach besondere Bedeutung zu.

Durch den Kontakt und proaktiven Austausch zwischen Polizeibehörden und den kommunalen Behörden wie etwa Ordnungs- und Meldeämtern sowie Waffenbehörden der Landkreise, Städte und Gemeinden soll daher der Informationsfluss speziell in Bezug auf „Reichsbürger" intensiviert werden.

# Salafismus

## Islamistischer Terrorismus

Der Salafismus ist die derzeit dynamischste islamistische Bewegung weltweit. Das salafistische Personenpotential in Niedersachsen ist in den letzten Jahren stetig angestiegen und hat sich innerhalb von fünf Jahren nahezu verdoppelt. Salafisten lehnen die Geltung staatlicher Gesetze ab. Das Islamverständnis ist in großem Umfang geprägt von „demokratiegefährdenden" Positionen. So steht die von Salafisten propagierte Staats- und Gesellschaftsordnung im deutlichen Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Insbesondere werden die demokratischen Grundsätze der Trennung von Staat und Religion, der Volkssouveränität, der religiösen und sexuellen Selbstbestimmung, der Gleichberechtigung der Geschlechter sowie das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit verletzt.

Die Übergänge vom politischen zum jihadistischen Salafismus sind fließend. In Niedersachsen verzeichnen insbesondere die salafistischen Zentren im Umfeld größerer Städte einen regen Zulauf. Dazu gehören auch die Räume Hildesheim und Göttingen u.a. mit dem ehemals salafistisch dominierten Moscheeverein „Deutschsprachiger Islamkreis Hildesheim e.V.", der mittlerweile verboten wurde.

Auch aus dem Bereich der Polizeidirektion Göttingen sind Ausreisen von Personen, die dem sog. „Islamischen Staat (IS)" nahestehen, im niedrigen zweistelligen Bereich, bekannt. Mutmaßlich nehmen sie an Kampfhandlungen teil oder haben sich bei Selbstmordanschlägen das Leben genommen.

Die Sicherheitsbehörden sind bestrebt, „Gefährder" zu identifizieren, die Gefahr, die von der Person ausgeht, zu bewerten und diese in der Folge weiterhin zu beobachten.

Mit Stand von November 2017 teilt das Landeskriminalamt mit, dass in der Bundesrepublik Deutschland ca. 700 und in Niedersachsen ca. 70 als „Gefährder" eingestufte Personen aufhältig sind.

Der Großteil der von den Sicherheitsbehörden in diesem Zusammenhang geleisteten Arbeit liegt im Bereich der Gefahrenabwehr.

Neben der personellen Verstärkung der Staatsschutzdienststellen, der Einrichtung von zusätzlichen Ermittlungsgruppen, sowie der engen Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen und dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) wird die Prävention in diesem Bereich nicht vernachlässigt. Seitens der Polizei erfolgten u.a. Sensibilisierungen der Justiz und kommunaler Einrichtungen, an Schulen und Einrichtungen mit jugendlichen Zielgruppen sowie an Unterkünften für Flüchtlinge und Asylsuchende. Des Weiteren wurden Kooperationsgespräche mit Moscheevereinen geführt.

An dieser Stelle sei die Kompetenzstelle Islamismusprävention (KIP NI) zu erwähnen. Es handelt sich dabei um einen Zusammenschluss des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport, für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, des Justizministeriums und des Landespräventionsrats, des Kultusministeriums sowie der Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität, die beim Landeskriminalamt Niedersachsen angesiedelt ist.

„KIP NI" hat zur Aufgabe, die Aktivitäten und bereits vorhandenen Netzwerke der unterschiedlichen Akteure im Bereich der Islamismusprävention in Niedersachsen zu bündeln, zu institutionalisieren und zu intensivieren. „KIP NI" ist damit die zentrale Stelle in Niedersachsen, an der die vielfältigen Ansätze der Islamismusprävention zusammenlaufen, abgestimmt und strukturiert werden" (siehe https://www.kipni.niedersachsen.de, Stand: 04.01.2018).

Alle Stellen wirken zusammen, um eine stabile Sicherheit in Niedersachsen zu gewährleisten.

## Abschiebung zweier Gefährder aus Göttingen.

Die Polizeidirektion Göttingen und das Land Niedersachsen sind Vorreiter der konsequenten Durchsetzung der Abschiebungsanordnung.

Nach intensiven Gefahrenermittlungen wurden durch die Polizei Göttingen am 09.02.2017 ein 22-jähriger Nigerianer und ein 27-jähriger Algerier im Rahmen eines polizeilichen Einsatzes in Gewahrsam genommen. Die Ermittlungen im Bereich der Gefahrenabwehr ergaben, dass die beiden Männer die Umsetzung eines Anschlages bereits geplant hatten.

Um eine terroristische Gefahr beziehungsweise eine Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland abzuwehren, hat das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport gegen die beiden als sogenannte „Gefährder" eingestuften Männer Abschiebungsanordnungen gem. § 58a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erlassen.

Die „Gefährder" hatten daraufhin vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig erfolglos Klage erhoben. Aufgrund der guten Zusammenarbeit der beteiligten Behörden (Innenministerium, Polizeidirektion Göttingen, Ausländeramt) konnte der 22-jährige Nigerianer bereits im April und der 27-jährige Algerier darauf im Juli 2017 jeweils in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Für beide „Gefährder" gilt ein lebenslanges Wiedereinreiseverbot nach Deutschland.

Bezugnehmend auf den Pressebericht des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 03.07.2017 ist festzustellen, dass Niedersachsen als erstes Bundesland die Regelung zum § 58 a AufenthG bei der Bekämpfung islamistisch-terroristischer Gefahren erfolgreich angewandt hat. „Wir werden in Niedersachsen auch zukünftig alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen, um die Menschen vor islamistischem Terrorismus zu schützen. Feinde der Demokratie und unserer Freiheit werden in Niedersachsen auch in Zukunft damit rechnen müssen, dass wir mit aller Härte und Entschlossenheit gegen sie vorgehen", so Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport.

## Verhinderung eines Anschlages. Festnahme und Verurteilung eines Northeimers.

Ein 26-jähriger Northeimer wurde im Februar 2017 auf Anordnung der Generalstaatsanwaltschaft Celle festgenommen. Vorausgegangen waren Ermittlungen der Polizeiinspektion Northeim/Osterode, die gegen den Mann den hinreichenden Tatverdacht begründeten, dass dieser sich Materialien zur Herstellung eines fernzündbaren Sprengsatzes beschafft hatte.

Weitergehende intensive und überregional geführte Ermittlungen ergaben, dass er bereits einen Test des Sprengsatzes in Northeim im Januar 2017 vorgenommen hatte. Ziel seines geplanten Anschlages war die Tötung von zuvor angelockten Polizeibeamten oder Soldaten der Bundeswehr.

Seit September 2017 lief der Prozess gegen den Northeimer vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Braunschweig. Der Tatverdächtige wurde angeklagt wegen des unerlaubten Umgangs mit explosivgefährlichen Stoffen und der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.

Im Laufe des Verfahrens konnten weitere Mittäter ermittelt und entsprechende Strafverfahren eingeleitet werden. Der 26-jährige Northeimer wurde zwischenzeitlich (rechtskräftig) zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und drei Monaten durch das Landgericht Braunschweig verurteilt.

## Verbotsverfahren gegen den Verein „Deutschsprachige Islamkreis Hildesheim e.V.“

Im Frühjahr 2017 wurde der „Deutschsprachige Islamkreis Hildesheim e.V.“ (D.I.K. Hildesheim) rechtskräftig verboten.

Der „D.I.K. Hildesheim“ war nach Ermittlungen der Sicherheitsbehörden als Standort salafistischer Aktivitäten bekannt. Zu Freitagspredigten zog er zwischen 200 und 400 Zuhörerinnen und Zuhörer an. Zum Zeitpunkt der Moscheegründung im Jahr 2012 hatte sich der Verein für die salafistische Ideologie ausgesprochen.

Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport leitete schließlich ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren nach § 4 Abs. 1 Vereinsgesetz (VereinsG) gegen den „D.I.K. Hildesheim“ ein, da der Anfangsverdacht für das Vorliegen der Verbotsgründe des § 3 Abs. 1 Satz 1 VereinsG bejaht wurde. Es bestand der Verdacht, dass sich der Verein gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet und seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwider läuft. Die Ermittlungen führte das Landeskriminalamt Niedersachsen. Im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport fand am 27.07.2016 unter Federführung der Polizeidirektion Göttingen eine Durchsuchung der Räumlichkeiten des „D.I.K. Hildesheim“ statt.

Die Auswertung der sichergestellten Beweismittel durch das Landeskriminalamt Niedersachsen belegte die radikal jihadistische Ausrichtung des Vereins.

Der Verein billigte und rief zur Gewalt gegen „Ungläubige“ auf. Im „D.I.K. Hildesheim“ wurden Islamseminare und Vorträge mit überregionalen, salafistischen Predigern angeboten. Derartige Seminare hatten einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Radikalisierung und Ausreiseabsichten der Teilnehmer in Jihadgebiete. Als den „D.I.K. Hildesheim“ prägendste Kraft gilt der dem jihad-salafistischen Spektrum angehörende Prediger Ahmad Abdulaziz Abdullah alias „Abu Walaa“, der sich aktuell wegen Unterstützung beziehungsweise Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht in Celle verantworten muss. In diesem Zusammenhang war auffällig, dass sich ein niedersächsischer Brennpunkt mit etwa einem Drittel der Ausreisefälle in das Jihadgebiet Syrien/Irak im Raum Hildesheim/Göttingen befand. Es liegt nahe, dass sich die ausgereisten Personen im „D.I.K. Hildesheim“ radikalisiert haben.

Im März 2017 erging das Verbot des „D.I.K. Hildesheim“ durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport. Mit dem Vollzug des Vereinsverbotes wurde die Polizeidirektion Göttingen beauftragt. Dieser erfolgte im März 2017. In diesem Zusammenhang erfolgten zahlreiche Durchsuchungen zur Beschlagnahme und Einziehung des Vereinsvermögens.

Die Räumlichkeiten des „D.I.K. Hildesheim“, sind in staatliches Eigentum übergegangen. Eine Verwertung wird zurzeit durch die Polizeidirektion Göttingen vorbereitet.

## Gründe einer Radikalisierung

Die Gründe für eine Radikalisierung sind vielschichtig. Die Herkunft aus den unterschiedlichen sozialen Milieus spielt ebenso wie der Bildungsabschluss eine untergeordnete Rolle. Häufig ist die Suche nach Werten, Anerkennung, Gemeinschaft und Geborgenheit von Bedeutung. Auch Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen können zur Radikalisierung beitragen.

Insbesondere über das Internet werden zielgruppengerecht salafistische Ideologien verbreitet sowie jihadistisches Propaganda mittels professionell erstellter Videos und Illustrationen betrieben.

Die Prediger sind in der Regel sehr charismatische Persönlichkeiten, die es verstehen, junge Menschen anzusprechen. Diese erhalten dadurch eine neue Perspektive zur Erfüllung der Bedürfnisse auf Zugehörigkeit und Akzeptanz.

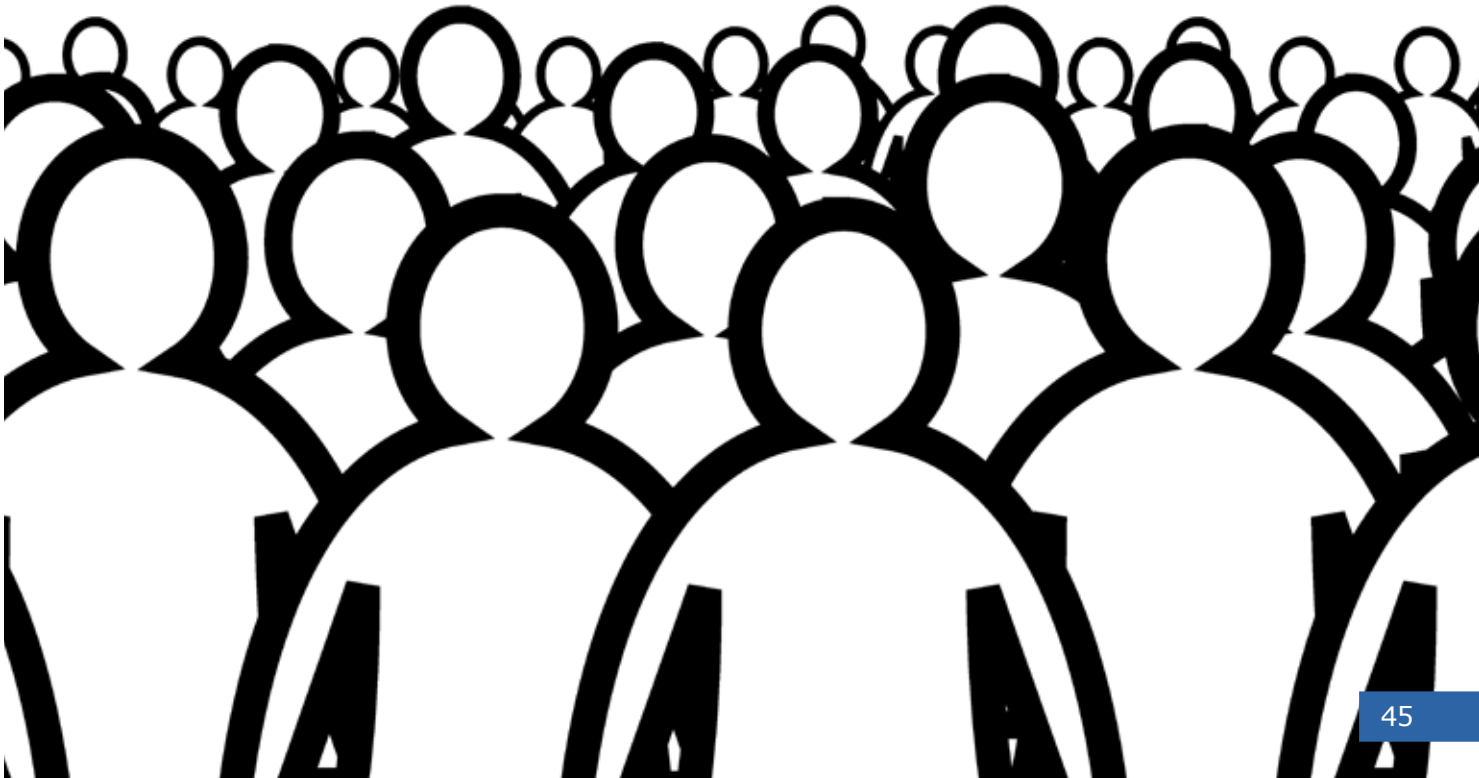
## Mögliche Indikatoren für das Abgleiten in den extremistischen Salafismus

Dem Abgleiten in den extremistischen Salafismus geht immer eine Wesensveränderung voraus. Ebenso wie bei der Wahrnehmung von politischen Äußerungen, welche auf eine salafistische Ideologie hindeuten, kommt dem persönlichen Umfeld Betroffener bei der Erkennung von Radikalisierungen eine besondere Bedeutung zu. Es gibt jedoch kein einheitliches Muster, sodass die Radikalisierungsverläufe stets individuell und im Verlauf äußerst unterschiedlich sind.

Entscheidend ist neben dem Konsum von islamistischen/salafistischen Medien (speziell in den sozialen Netzwerken) sehr häufig ein persönlicher Kontakt zu einem Islamisten. Die nachfolgenden Merkmale können, müssen aber nicht, auf eine Radikalisierung hinweisen. Feste Radikalisierungsindikatoren gibt es hingegen nicht.

### Mögliche Hinweise auf eine Radikalisierung

- Bruch mit dem alten und Begründung eines neuen Freundeskreises
- plötzliche Änderung des äußeren Erscheinungsbildes und alltäglicher Gewohnheiten
- Überbetonung der Einhaltung religiöser Normen und Riten
- Missionierungsversuche bei Eltern, Verwandten und Freunden
- religiös-politische Äußerungen ohne die Bereitschaft, sich auf andere Argumente einzulassen
- Verwendung islamistischer bzw. salafistischer oder jihadistischer Symbole, Gesten oder Nicknames
- Abschottungstendenzen gegenüber vermeintlich „Ungläubigen“ und einem als „unislamisch“ diffamierten Umfeld
- Erklärung nicht-salafistischer Muslime zu Ungläubigen
- Fixierung und Verherrlichung eines Lebens im Jenseits bzw. im Paradies
- Verherrlichung von „Märtyrern“ und Befürwortung des bewaffneten Kampfes (Jihads)



# Verkehrssicherheitsarbeit.

## Sicher unterwegs.

# Verkehrslagebild der Polizeidirektion Göttingen

Sicherheit im Straßenverkehr ist für alle Beteiligten ein wichtiges Grundbedürfnis und Merkmal individueller Lebensqualität. Daher hat die Verkehrssicherheitsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen einen sehr hohen Stellenwert.

Verkehrsunfälle mit schweren Unfallfolgen oder gar Todesopfern zu verhindern, zählt zu den Kernaufgaben der Polizeidirektion Göttingen. Dabei setzte sich im Jahr 2017 die grundsätzlich positive Entwicklung des Vorjahres fort, da die Zahl getöteter und schwerverletzter Personen trotz leichter Zunahme der Verkehrsunfallzahlen weiter zurückging.

Um diesen Trend fortzusetzen, orientiert sich sowohl die Prävention als auch die Ahndung von Verkehrsverstößen gezielt an den Ursachen und Zusammenhängen schwerer Unfallfolgen. Dazu werden z.B. auf der Verkehrsunfallanalyse besonders unfallbelastete Strecken oder auffällige Personengruppen bzw. Fahrzeugtypen identifiziert und die polizeilichen Ressourcen entsprechend eingesetzt.

Im Mittelpunkt der Maßnahmen steht eine Stärkung des Verantwortungsbewusstseins und der gegenseitigen Rücksichtnahme im Straßenverkehr. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Polizeidirektion Göttingen ein Gesamtkonzept entwickelt, das eine integrative Strategie verfolgt. Zudem arbeitet sie in Netzwerkpartnerschaften eng mit anderen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit zusammen.

## Verkehrsunfallstatistik

- 33.983 Verkehrsunfälle insgesamt
- 836 schwerwiegende Verkehrsunfälle
- 57 getötete Personen
- 898 schwerverletzte Personen
- 1.121 unfallbeteiligte Kinder und Jugendliche (bis 17 Jahre)
- 1.173 unfallbeteiligte Motorradfahrer
- 460 Unfallursache Alkohol
- 84 Unfallursache Betäubungsmittel/Medikamente

## Hauptzielgruppen

- Fahranfänger
- Senioren
- „Zweiräder" - Motorrad- und Fahrradfahrer
- „schwächere" Verkehrsteilnehmer (u.a. Fußgänger)

## Festgestellte Verkehrsverstöße

- 2.111 Blutentnahmen (Alkohol, Drogen, Medikamente)
- 50.064 Geschwindigkeitsüberschreitungen (davon 15.255 mit Anhalten)
- 5.718 Ablenkung durch elektronische Geräte
- 11.569 Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes

### Hauptunfallursachen

- zu hohe Geschwindigkeit
- Alkohol- und Drogenbeeinflussung
- Ablenkung durch mobile Endgeräte

Im Mittelpunkt der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen stehen neben den genannten Hauptunfallursachen auch die Überprüfung der Gurtpflicht/Rückhaltesysteme.

**Denken Sie immer daran:** Ein Sicherheitsgurt kann Ihr Leben retten. Durch das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes können bei einem Verkehrsunfall schwerwiegende oder tödliche Verletzungen eintreten.

### Prävention

Die Polizei ist primär Initiator der Verkehrsunfallprävention. Ausgangspunkt der präventiven Polizeiarbeit im Straßenverkehr ist das Ergebnis der Verkehrsunfallanalyse zu Gefahrenpunkten, Risikogruppen und gefahrenträchtigen Verhaltensweisen.

Vorbeugende Maßnahmen der Polizeidirektion finden demzufolge vorrangig zu folgenden Themen und Zielgruppen statt: Kinder im Straßenverkehr (u. a. Fahrradausbildung / -prüfung) - Kinderrückhaltesysteme, Schulwegsicherheit, „junge Fahrer/-innen", Senioren im Straßenverkehr, Krafträder, LKW und das Thema „Ablenkung im Straßenverkehr".

### Mehr Unfälle – weniger Getötete und Schwerverletzte

Die Polizeiinspektion Göttingen ist für die Verkehrssicherheitsarbeit in der Stadt und im Landkreis Göttingen (ohne den bisherigen Landkreis Osterode), die Autobahn A 38 bis zur AS Arenshausen, sowie die A 7 zwischen Lutterberg und Seesen zuständig. In dem gesamten Bereich (ohne BAB) wurden im Jahr 2017 7.287 Unfälle aufgenommen (2016: 7.219).

Die Anzahl der Unfälle mit schwerem Personenschaden (Verkehrsunfälle, bei denen mindestens eine Person getötet oder schwer verletzt wurde) ist im Jahr 2017 deutlich auf 138 gesunken, im Vorjahr wurden noch 176 schwere Unfälle registriert.

In der Altersgruppe der über 65-jährigen ist bei der Anzahl der getöteten und schwerverletzten Verkehrsteilnehmer ein Anstieg von 24 auf 30 zu verzeichnen. Allerdings waren im Jahr 2015 sogar 41 Senioren bei Unfällen schwerverletzt oder getötet worden.

Die Zahl der schwerverletzten beziehungsweise getöteten Fahranfänger (Nutzer von Pkw und Krädern über 125 ccm) ist von 32 im Jahr 2016 auf 20 gesunken. 17 Kradfahrer wurden bei Unfällen schwerverletzt beziehungsweise getötet. (2016: 16).

Auch wenn der Rückgang der schweren Unfälle erfreulich ist, mussten 2017 sieben tödliche Unfälle verzeichnet werden (2016: Acht). Bei den Opfern handelt es sich u.a. um drei Radfahrer/-innen (61, 64 beziehungsweise 74 Jahre) und einen 96 jährigen Fußgänger.

### Unfallursache Alkohol und Drogen

Im Jahr 2017 wurden 98 Verkehrsunfälle durch Alkohol- bzw. Drogeneinfluss verursacht. 2015 wurden 78 und im Jahr 2016 sogar 111 Fälle registriert.

### Verkehrsunfallfluchten

Die Anzahl der angezeigten Verkehrsunfallfluchten (ohne BAB) ist auf 1.743 gestiegen (2016: 1.564).

### Verkehrsunfallentwicklung BAB

Auf den Autobahnen in unserem Zuständigkeitsbereich mussten im Jahr 2017 1.079 Unfälle aufgenommen werden. Dieses ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren (2015: 929; 2016: 866) und wird überwiegend auf die Bauarbeiten auf der BAB zurückgeführt.

Die Anzahl der Unfälle mit schwerem Personenschaden ist im Jahr 2017 erfreulicherweise auch hier deutlich auf 29 gesunken, im Vorjahr waren es 35 und im Jahr 2015 39. Zu einem tödlichen Verkehrsunfall ist es im Jahr 2017 hier erfreulicherweise nicht gekommen. Im Jahr 2015 hatten drei Verkehrsteilnehmer auf der BAB ihr Leben verloren, 2016 waren es zwei.

## Festgestellte Verkehrsverstöße

- **493 Blutentnahmen (Alkohol, Drogen, Medikamente)**
- **16.659 Geschwindigkeitsüberschreitungen (mit BAB Süd)**
- **1.872 Ablenkung durch elektronische Geräte**
- **2.803 Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes**

Bei einem verursachten Verkehrsunfall empfiehlt Polizeihauptkommissar Jörg Arnecke, Verkehrssicherheitsberater der Polizeiinspektion Göttingen:

- Bewahren Sie Ruhe!
- Halten Sie am Unfallort an!
- Schalten Sie an Ihrem Pkw die Warnblinkanlage ein!
- Steigen Sie mit angezogener Warnweste vorsichtig aus!
- Sichern Sie die Unfallstelle – stellen Sie das Warndreieck auf!
- Verschaffen Sie sich am Unfallort einen Überblick!
  → Helfen Sie Verletzten – setzten Sie gegebenenfalls einen Notruf ab!
  → Bei Bagatellschäden räumen Sie unverzüglich die Unfallstelle!
- Führen Sie mit dem „Unfallpartner" einen Personalienaustausch durch!
- Informieren Sie bei Unfällen mit Verletzten und erheblichen Sachschäden Ihre Polizei!

# Ablenkung als Hauptunfallursache

Ob zu Fuß, mit dem Rad oder dem Auto – der kurze Blick zum Handy birgt im Rahmen der Verkehrsteilnahme die Gefahr schwerster und sogar tödlicher Verletzungen.

Jeder der sich einmal bewusst die Zeit nimmt das aktuelle Verkehrsgeschehen zu beobachten, kommt schnell zu der Erkenntnis, dass die verbotene Nutzung eines Mobiltelefons während der Fahrt stark zugenommen hat. Dies bestätigt auch eine Studie, die durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und den Verkehrssicherheitsrat in Auftrag gegeben wurde: 61 Prozent der befragten PKW-Fahrer gaben an, in bestimmten Situationen sehr wahrscheinlich am Steuer das Mobiltelefon zu nutzen, obwohl gleichzeitig 92 Prozent der Befragten dieses Verhalten als potenziell gefährlich einstufen.

Auch Radfahrer und Fußgänger setzen sich durch die Handynutzung im Straßenverkehr einer größeren Gefahr aus. Wer z.B. im Gehen eine Nachricht schreibt, ignoriert laut Deutschem Verkehrssicherheitsrat mit viermal so hoher Wahrscheinlichkeit eine rote Ampel. Auch wenn das Telefonieren für Fußgänger grundsätzlich nicht verboten ist, so gilt für sie und für Radfahrer gleichsam: **Finger weg vom Handy!**

In den landeseinheitlichen polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystemen wird die Ursache „Ablenkung" zurzeit noch nicht erfasst. Um sich dem Themenkomplex Ablenkung aus strategischer Sicht der Verkehrssicherheitsarbeit angepasst nähern zu können, hat die Polizeidirektion Göttingen eine statistische Erhebung der Daten erkannter Handyverstöße bei Radfahrern und Kraftfahrzeugführern in ihrem Verkehrslagebild aufgenommen.

Bei einer Vielzahl aufgenommener Verkehrsunfälle liegt oftmals der Verdacht nahe, dass das Thema Ablenkung und hier die verbotene Handynutzung unfallauslösender Faktor war. Die Beweisführung gestaltet sich jedoch grundsätzlich schwer. Lediglich bei begründetem Anfangsverdacht (z.B. aufgefundenes Handy im Fußraum) und oftmals auch nur bei Unfällen mit schweren Folgen ist es möglich, ein Mobiltelefon als Beweismittel sicherzustellen bzw. zu beschlagnahmen. Die Auswertung des Gerätes erfolgt nach Antrag und auf Weisung der zuständigen Staatsanwaltschaft.

Auch auf Landesebene wurde der Themenkomplex „Ablenkung durch Handy im Straßenverkehr" aufgrund seiner Gefährlichkeit in den Mittelpunkt gerückt. Bestehende Präventionskampagnen mit Netzwerkpartnern werden verlängert und intensiviert. Darüber hinaus werden im Rahmen einer einjährigen Untersuchung in drei Polizeidirektionen des Landes Verkehrsunfälle, bei denen Ablenkung eine Rolle gespielt haben könnte, genau analysiert. Parallel dazu führt die Technische Universität Braunschweig Forschungen durch, die von der medizinischen Hochschule Hannover ergänzt werden.

## Gesetzesänderung § 23 Abs. 1a StVO

Seit 2017 gilt: Elektronische Geräte, die der Kommunikation, Information oder Organisation dienen, dürfen während der Fahrt durch den Fahrzeugführer nur dann genutzt werden, wenn sie hierfür weder aufgenommen noch gehalten werden. Hierzu zählen auch Geräte der Unterhaltungselektronik und solche zur Ortsbestimmung. Verschärft wird die aktuelle Regelung dadurch, dass alle Geräte nur mittels einer Sprachfunktion oder Vorlesefunktion genutzt werden dürfen oder zu deren Bedienung lediglich eine kurze Blickabwendung erforderlich ist – natürlich unter Beachtung der Straßen-, Verkehrs-, Sicht- und Wetterverhältnisse.

Gleichzeitig erfolgte die Anhebung der angedrohten Bußgelder, durch den der Unwert der Tat verschärft zum Ausdruck gebracht werden soll. Damit einhergehend soll die Hemmung erhöht werden, durch verbotene, fahrfremde Tätigkeiten menschliches Leben vorsätzlich zu gefährden.

Der Leiter des Dezernats 12 – Einsatz und Verkehr, Polizeidirektor Andreas Kaupe, rät:

- Nehmen Sie sich Zeit – suchen Sie einen geeigneten Parkplatz auf, stellen Sie den Motor ab und führen in Ruhe ein notwendiges Telefongespräch oder bedienen die gewünschten elektronischen Geräte.
- Schützen Sie Ihr Leben und das Leben anderer – Finger weg von elektronischen Geräten während der Fahrt.
- Seien Sie ein Vorbild für andere Verkehrsteilnehmer.
- Ein Hinweis an den Beifahrer: Weisen Sie den Fahrer auf eventuelle Verstöße und die damit verbundenen Gefahren hin – appellieren Sie an seine Verantwortung.

# Verkehrsunfallflucht

Das unerlaubte Entfernen vom Unfallort gemäß § 142 StGB ist kein Kavaliersdelikt. Unser Ziel ist es, die Verkehrsunfallflucht aufzuklären. Zudem sollen durch den Unfall entstandene zivilrechtliche Ansprüche gesichert und die Durchsetzung ermöglicht werden.

Die möglichen Ursachen einer Unfallflucht können einzeln oder in Kombination vorliegen. So können finanzielle Aspekte, z.B. die Regulierung des eigenen/fremden Schadens durch den Betroffenen selbst oder über die Versicherung, eine Rolle spielen. Mit der Verkehrsunfallflucht könnten aber auch eine oder mehrere andere Straftaten (z.B. Fahren unter Alkohol/-Drogeneinfluss, Versicherungs-/Steuerpflichtverstöße) verdeckt werden.

Bei der Ermittlung der Täter ist aber auch festzustellen, dass Unwissenheit oder Unsicherheit über die eigenen Pflichten als Beteiligter an einem Verkehrsunfall vorhanden ist. Die Aufklärungsquote der Verkehrsunfallfluchten lag im Jahr 2017 bei etwa 42 %.

Das hat zur Folge, dass mehr als jeder zweite Unfallgeschädigte den erlittenen Schaden nicht von einer gegnerischen Haftpflichtversicherung ersetzt bekommt und somit einen mitunter nicht unerheblichen finanziellen Verlust erleidet.

Die Zahl der Unfallfluchten steigt in Niedersachsen seit Jahren an. Waren es 2007 laut der Verkehrsunfallstatistik noch 39.818 Fälle, lag die Zahl 2016 schon bei 48.341. Inzwischen kommt es bei fast jedem fünften Unfall in Niedersachsen zur Fahrerflucht und damit zu einer Straftat. Diese Entwicklung ist auch in der Polizeidirektion Göttingen festzustellen.

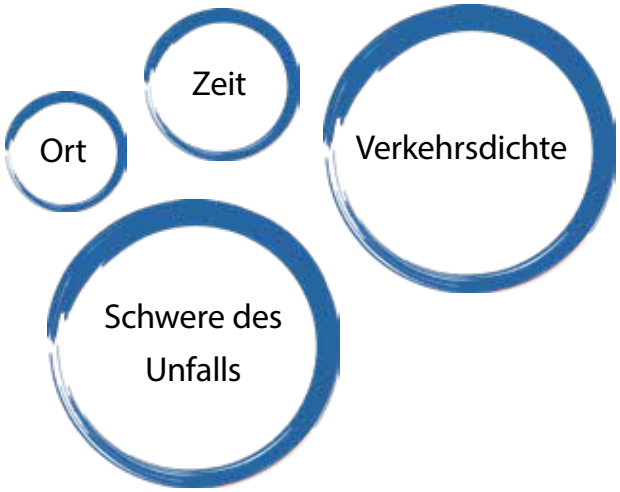
Bei Unfällen mit Verletzten ist die Zahl der Unfallflüchtigen gestiegen, bei den Parkplatzremplern oder Unfällen mit Sachschäden steigt sie ebenfalls an.

Grund für die steigende Zahl der Unfallfluchten ist nicht immer unbedingt nur zunehmende Rücksichtslosigkeit im Verkehr. In immer besser schallisolierten und gedämpften Autos fällt ein kleiner Rempler auf dem Parkplatz dem Fahrer nicht immer auf. Und die Fahrzeuge werden in den Außenmaßen größer als noch vor Jahren – die Parkflächen aber nicht angepasst. Dass es eine Unfallflucht wird, liegt daran, dass oftmals nicht lange genug gewartet wird oder die Menschen nicht wissen, wie sie sich richtig verhalten müssen.

# Hinweise zum strafbaren Verhalten gem. § 142 StGB

Die Rechtsbegriffe **„angemessene Wartezeit"** und **„unverzüglich nachträglich"** bedürfen der Erläuterung, denn hier kann ein Verhalten zu Ermittlungen in der Straftat „Verkehrsunfallflucht" führen, obwohl doch ein Zettel an der Windschutzscheibe hinterlassen wurde.

Die Wartepflicht selbst ist gesetzlich nicht festgeschrieben, sondern von folgenden Faktoren abhängig:




Sollte nach einer entsprechenden Wartezeit keine feststellungsberechtigte Person vor Ort sein (häufig bei Parkplatzunfällen), so hat die/der Unfallbeteiligte unverzüglich der Pflicht zur Ermöglichung der Feststellungen nachzukommen.

Unverzüglich bedeutet hier nicht „sofort", sondern ist als Frist abhängig von den geschützten Beweissicherungs- und Ersatzinteressen:

Unfälle mit Personen- oder sehr hohen Sachschäden verpflichten zu einer größeren Eile als ein geringer Sachschaden bei eindeutiger Schuldfrage und Ersatzpflicht (Einzelfallabwägung).

Der Leiter des Dezernats 12 – Einsatz und Verkehr, Polizeidirektor Andreas Kaupe, gibt die folgenden Verhaltenshinweise:

**Wie schützen Sie sich selbst?**

- Notieren Sie den Zeitpunkt des Abstellens/Abstellortes.
- Notieren Sie die Daten des Fahrzeugnachbarn: Fahrzeugart, Hersteller, Typ, Farbe und amtliches Kennzeichen.
- Machen Sie ein Foto, z.B. mit ihrem Smartphone.
- Bei Rückkehr überprüfen Sie ihr Fahrzeug.

**Wie helfen Sie Betroffenen als Zeuge?**

Notieren Sie

- Zeitpunkt des Unfalls/Unfallortes
- Fahrzeugart, Hersteller, Typ, Farbe und amtliches Kennzeichen
- Mögliche Beschädigung des Fahrzeugs
- Personenbeschreibung des Fahrers (Größe, Bekleidung, Frisur, Bart, Brille etc.)
- Weitere Personen im Fahrzeug
- Verhalten des Fahrers nach dem Unfall

Der sicherste Weg ist die Verständigung der Polizei. So schützen Sie sich selbst und helfen den Betroffenen, eine Schadensregulierung einzuleiten.

**Präventionskampagne „Rummss"!**

Am 16.03.2017 hat der Niedersächsische Innenminister Boris Pistorius die Polizeiliche Verkehrsunfallstatistik 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt. In dem Zusammenhang wurde auf die Entwicklung und den aktuellen Stand zum „Unerlaubten Entfernen vom Unfallort" eingegangen und hierzu der Start einer landesweiten Präventionskampagne bekanntgegeben.

Innerhalb der Bevölkerung soll das Bewusstsein geschaffen werden, welche zivilrechtlichen und im Falle eines unberechtigten Entfernens vom Unfallort auch strafrechtlichen Konsequenzen entstehen können.

Nach dem Motto „Bleiben Sie fair – wählen Sie 110" gibt die sog. „Rummss-Karte" auf der Rückseite Tipps zum richtigen Verhalten nach einem Missgeschick mit Ihrem Auto oder dem Einkaufswagen!

# Prävention.

## Wir informieren und beraten.

# Prävention – Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist uns wichtig!

Der Umgang mit Ängsten ist ein regelmäßiger Bestandteil der polizeilichen Präventionsarbeit.

Die Betreuung der Opfer von Straftaten, deren Sicherheitsgefühl durch die Verletzung ihrer Privatsphäre stark beeinträchtigt wurde, ist deshalb eine wichtige Aufgabe des gelebten Opferschutzes.

Gemeinsam mit
- den regionalen Opferhilfebüros,
- dem Weißen Ring,
- Frauenberatungsstellen,
- Jugendämtern und anderen Akteuren

haben die Dienststellen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen auch 2017 daran mitgewirkt, verlorengegangenes Vertrauen wiederherzustellen und Kriminalitätsfurcht zu verringern. In Niedersachsen wurde mit Umsetzung der europäischen Opferschutzrichtlinie ein umfangreiches Beratungsnetzwerk initiiert, in dem die Polizei eine wichtige Rolle einnimmt.

Schwerpunkte in der Präventionsarbeit, die einen besonderen Fokus auf die Opfer von Straftaten legen, waren im vergangenen Jahr wiederum der Wohnungseinbruchdiebstahl und Straftaten zum Nachteil älterer Menschen, wie z.B. der Enkeltrick, Betrug durch falsche Polizeibeamte u.a.

Durch beide Delikte werden Opfer nicht nur um besondere Werte geschädigt, sondern erleiden oftmals psychische Schäden, die weit schlimmer wirken, als der entstandene Schaden. Die Präventionsteams in den Polizeiinspektionen sorgen mit Informationen, Aufklärung und Beratung dafür, dass neben potentiellen Opfern auch deren soziales Umfeld sensibilisiert wird. Eine kritische Nachbarschaft, die sorgenden Familien, aber auch Bankangestellte können dazu beitragen, dass gutgläubige Seniorinnen und Senioren vor skrupellosen Trickdieben und Betrügern geschützt werden.

Mit einer Sensibilisierungskampagne traten die Polizeiinspektionen im März 2017 an Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPVN) heran, um erstmals auch über Anschlagsgefahren zu informieren. Trotz des hochsensiblen Themas waren besonders die regionalen Zweckverbände dankbar für Informationen, z.B. im Umgang mit aufgefundenen Gegenständen.

# Präventionspuppenbühne

Einen weiteren Schwerpunkt der Präventionsarbeit stellte 2017 die Information zur Verhinderung von Cybercrime Delikten dar. Gemeinsam mit den spezialisierten Dienstzweigen der Task Forces und Teams Cybercrime konnten Präventionsmaßnahmen geplant und durchgeführt werden. Das Wissen um Kriminalitätsgefahren in der digitalen Welt ist nunmehr auch Bestandteil des 2017 entwickelten Präventionskonzepts mit der Methode Puppenspiel. An den Standorten der Präventionspuppenbühnen in Göttingen und Hildesheim löste das Thema Mediensicherheit damit die Gewaltprävention ab.

In Kooperation mit der Landesmedienanstalt und mit Unterstützung von Medienpädagogen wurde als Zielgruppe die 4. Jahrgangsstufe in Grundschulen festgelegt. Die Entscheidung bereits an 10-Jährige, mit den Themen: Informationsvielfalt, Datensicherheit, Verhalten im Chat, Cyber-Mobbing heranzutreten, wurde durch die Rückmeldungen der besuchten Schulen umfassend bestätigt.

Mit einer neuen Präventionsoffensive zur Aufklärung von Gefahren des Cannabiskonsums, die sich insbesondere an 10- bis 14-Jährige richtet, wenden sich die Präventionsteams seit einem Jahr an Schulen. Durch die Verharmlosung des illegalen Suchtmittels und entwicklungsgeprägtes Experimentierverhalten von Jugendlichen stiegen Cannabisverstöße landesweit an und machten eine neue Präventionsstrategie notwendig.

# Präventionsteam der Polizeiinspektion Göttingen

Polizeiliche Prävention ist als Teil der Gefahrenabwehr eine unserer Kernaufgaben. Die Arbeit der polizeilichen Kriminal- und Verkehrsunfallprävention ist im Präventionsteam gebündelt und orientiert sich an polizeilichen Schwerpunktsetzungen. Zur Aufgabenbewältigung ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit externen Akteuren unabdingbar; die Arbeit in Gremien und Netzwerken hat hier einen besonderen Stellenwert.

**22.905**

erreichte Bürgerinnen/Bürger durch gezielte Präventionsmaßnahmen im Jahr 2017

**648**

Veranstaltungsaktivitäten

Das Präventionsteam besteht aus vier Personen, die verschiedene Themenbereiche abdecken:

## Jacqueline Emmermann (PHK'in)

- Koordinatorin des Präventionsteams
- Beauftragte für Jugendsachen
- Ansprechpartnerin
  - → Jugendkriminalität und -gefährdung
  - → Prävention in Flüchtlingsunterkünften
- Vorträge und Informationsveranstaltungen
  - → Sucht und illegale Drogen, Gewalt, Zivilcourage, Internetkriminalität

## Marko Otte (POK)

- Beauftragter für Kriminalprävention
- Ansprechpartner
  - → Allgemeinkriminalität, Präventionsmaßnahmen für Erwachsene und Senioren
  - → Fachberatung für Objekte und Neubauten mit dem Schwerpunkt Einbruch- und Opferschutz

## Jörg Arnecke (PHK)

- Verkehrssicherheitsberater
- Ansprechpartner Verkehrsunfallprävention
- Durchführung von Projekten für Kinder und Jugendliche im Straßenverkehr

## Silvia Bernhard, Angestellte

- Terminmanagement

So erreichen Sie uns:
Tel.: 0551/491-2306
postfach-praevention@pi-goe.polizei.niedersachsen.de

Jörg Arnecke
Polizeihauptkommissar

Marko Otte
Polizeioberkommissar

Silvia Bernhard
Angestellte

Jacqueline Emmermann
Polizeihauptkommissarin

# Moderne Technik und Ausstattung.

Wir nutzen sie.

# Moderne Technik

Ein an den einzelnen polizeilichen Aufgabenbereichen angepasster zweckmäßiger Technikeinsatz unterstützt die polizeiliche Alltagsarbeit maßgeblich. Die moderne Technik hilft uns, effektiver, schneller und bürgerfreundlicher zu arbeiten. Der verstärkte Einsatz von „Mobile Devices" und die Berücksichtigung von ökologischen Trends verleihen der Polizei nicht nur ein positives Image, sondern steigern gleichzeitig unsere Attraktivität als Arbeitgeber. Allerdings können nicht alle technischen Neuerungen aus dem privaten Bereich unverändert in den dienstlichen Alltag überführt werden. Die Einhaltung rechtlicher sowie sicherheitstechnischer Rahmenbedingungen ist für die Polizei maßgeblich. Die Nutzung innovativer Technologien ist daher immer mit Blick auf den Datenschutz und der Informationssicherheit speziell zu betrachten.

### Sichere mobile Kommunikation (SMK)

Um den stetig steigenden Mobilitätserfordernissen bei der polizeilichen Aufgabenerledigung gerecht zu werden, wird auch die Nutzung mobiler Endgeräte im Rahmen vernetzter Kommunikationsmöglichkeiten immer wichtiger.

Mit der flächendeckenden Einführung des Digitalfunks in der Polizeidirektion Göttingen im Jahr 2014 wurde ein erster wesentlicher Meilenstein erreicht, durch den die Kommunikationsqualität, die Zuverlässigkeit und Abhörsicherheit des Funkverkehrs erheblich verbessert wurde. Für die polizeiliche Einsatzbewältigung werden in der Polizeidirektion Göttingen über 1.800 stationäre wie auch mobile Digitalfunkgeräte eingesetzt. Durch ein umfangreiches Zubehör ist ein flexibler Einsatz in den unterschiedlichsten Aufgabenbereichen möglich.

Darüber hinaus werden die bereits seit 2015 genutzten Tablets und Smartphones in der täglichen Praxis schwerpunktmäßig für Abfragen in polizeilichen Systemen, der mobilen Nutzung von dienstlichen Accounts beziehungsweise als Ersatz des altbekannten Merkbuches vermehrt genutzt. Auch die mobile Anlage/ Bearbeitung im polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystem ist möglich. Mittlerweile laufen landesweit Planungen für eine weitere Ausstattungserhöhung auf die aktuellste Gerätegeneration.

Die flächendeckende Nutzung eines polizeiinternen landesweiten Messengerdienstes steht für 2018 auf der Agenda.

## 262 mal rund um den Globus

Im zurückliegenden Jahr nutzte die Polizeidirektion Göttingen 547 Kraftfahrzeuge zur Erfüllung ihres polizeilichen Auftrages im Dienste der Bürgerinnen und Bürger. Mit der Gesamtfahrleistung von ca. 10,5 Mio. Kilometern hätte die Erde 262 mal umrundet werden können.

Für den Betrieb und Unterhalt des Fuhrparks wurden circa 1,95 Mio. Euro aufgewendet. Dies entspricht circa 16,8 % des Gesamtsachhaushaltes der Polizeidirektion Göttingen.

## Innovative Elektromobilität

Die Polizeidirektion Göttingen hat zurzeit 14 Elektrofahrzeuge (davon zehn mit Hybridantrieb) sowie 14 Pedelecs im Einsatz.

Die Plug-In-Hybridfahrzeuge unterscheiden sich in ihrer Motorisierung von den übrigen Diesel-Fahrzeugen der Flotte und können sowohl mit rein elektrischem Antrieb, als auch mit Hybrid- oder Motorantrieb betrieben werden. Im elektrischen Betrieb hat der VW Passat GTE eine Reichweite von etwa 50 km und ist damit gut geeignet, um emissionsfrei in Stadt- und Wohngebieten „lautlos" Streife zu fahren. Benötigt der Funkstreifenwagen, beispielsweise bei Einsatzfahrten, mehr Kraft und Reichweite, kommt die Kombination aus Elektro- und Verbrennungsmotor mit 160 kW (218 PS) zum Einsatz. So erreicht der Funkstreifenwagen eine dynamische Fahrweise und eine Höchstgeschwindigkeit von ca. 225 km/h.

Im Rahmen des Landesprojektes „lautlos & einsatzbereit" sind noch weitere vier rein elektrische, neutrale Funkstreifenwagen in Planung.

Mit dem Ziel einer weiteren Steigerung der Umweltfreundlichkeit im Fuhrpark der Polizeidirektion Göttingen ist eine Ausweitung der Elektromobilität für die Jahre 2018/2019 in etwa gleicher Fahrzeuganzahl vorgesehen.

# Funkstreifenwagen – Einsatzmittel im Einsatz- und Streifendienst

Der Funkstreifenwagen ist eines der wichtigsten Einsatzmittel des Einsatz- und Streifendienstes. Er ist neben der Wache und den Schreibräumen der Hauptarbeitsplatz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rund-um-die-Uhr-Dienstes. Die Funkstreifenwagen ermöglichen ein schnelles und sicheres Erreichen der Einsatzörtlichkeiten. Alle erforderlichen Führungs- und Einsatzmittel werden im Funkstreifenwagen mitgeführt.

Für die Funkstreifen im Einsatz- und Streifendienst (ESD) der Polizeiinspektion Göttingen stehen vorrangig blau/silberne Fahrzeuge vom Typ VW Passat Variant und VW Bus zur Verfügung. Aber auch Motorräder, Fahrräder und Pedelecs werden regelmäßig im Einsatz- und Streifendienst genutzt.

Ein Funkstreifenwagen des Einsatz- und Streifendienstes ist neben einem fest verbauten Digitalfunkgerät mit einer TOP-Anlage ausgestattet, in welche die Sondersignale (Blaulicht und Einsatzhorn) und ein Anhaltesignalgeber (LED-Anzeige) verbaut sind. Bei den VW Bussen, sowie den zivilen Einsatzfahrzeugen befindet sich der Anhaltesignalgeber jedoch meist hinter der Sonnenblende beziehungsweise im Bereich des Heckfensters.

Zusätzlich zu den unten genannten Einsatzmitteln auf einem Funkstreifenwagen kommen Einsatzmittel für die Unfallaufnahme und Spurensuche/-sicherung sowie Atemschutzmasken (Fluchtmasken), spezielles Erste-Hilfe-Material (Notfallsets), Klappspaten/ Schaufel und eine Abschleppstange beziehungsweise ein Abschleppseil.

Da es sich bei dem Funkstreifenwagen um einen Pkw handelt, dürfen elementare, von anderen Verkehrsteilnehmern gleichermaßen geforderte Gegenstände, wie Verbandsmaterialien, Warndreieck und Warnweste, natürlich nicht fehlen.

Die für den täglichen Dienst benötigten Gegenstände, welche beispielsweise bei allgemeinen Verkehrskontrollen regelmäßig zur Anwendung kommen, wie ein tragbares Atemalkoholtestgerät, Drogenvortests für Urin und entsprechende Zubehörteile sowie eine Digitalkamera sind ebenfalls mit an Bord.

## Weitere Einsatzmittel auf einem Funkstreifenwagen sind in der Regel:

- Besen und Schaufel
- Anhaltekelle
- Absperrband
- Zollstock, Maßband und/oder Messrad
- Nissenleuchten
- Verkehrsleitkegel
- Feuerlöscher
- Brechstange
- Polizeiteddys

# Funkstreifenwagen – Einsatzmittel im Einsatz- und Streifendienst

Auf der Bundesautobahn (BAB) kommen aufgrund der besonderen Anforderungen hingegen vorwiegend Mercedes-Benz E-Klasse T-Modelle und VW Busse zum Einsatz. Nach Auslieferung des neuen Funkstreifenwagens BAB DB E-Klasse 350 D verfügt der Einsatz- und Streifendienst BAB Göttingen über einen Funkstreifenwagen, der nicht nur in Sachen Leistung (258 PS, 250 km/h) sondern auch in Sachen Umweltfreundlichkeit (Schadstoffklasse EURO 6, Verbrauch 5,4 l Diesel/100 km) und Sicherheit (u.a. Notbremsassistent und Abstandswarner) kaum noch Wünsche offen lässt und den hohen Anforderungen des polizeilichen Streifendienstes auf Autobahnen vorbildlich Rechnung trägt. VESBA-Folierung steht für „Verbesserte Erkennbarkeit von Funkstreifenwagen auf BAB und ähnlich ausgebauten Straßen". Die neueste Generation der TOP-Anlagen in LED-Ausführung und eine aktualisierte Verkehrsgeräteausstattung (u.a. Klappbaken mit LED-Funktion und LED-Pannenleitset) erhöhen die Sicherheit der eingesetzten Polizeibeamten und aller weiteren Verkehrsteilnehmer.

Zudem steht der Autobahnpolizei ein hochmoderner VW-Bus zur Verfügung, welcher speziell auf die Bedürfnisse der Autobahnpolizei angepasst ist und mittels einer auf dem Dach montierten Klapptafel den Verkehrsteilnehmern gegenüber gut erkennbar eine veränderte Verkehrsführung ankündigen oder insbesondere auf Unfall- und Gefahrenstellen aufmerksam machen kann.

Als weitere Besonderheit wird im Bereich der Verkehrsüberwachung auf der Autobahn ein ziviler Funkstreifenwagen mit hoher Motorisierung eingesetzt, welcher über eine Geschwindigkeitsmessanlage und eine Videofunktion verfügt.

# Schutz- und Einsatzausstattung in der Polizeidirektion Göttingen

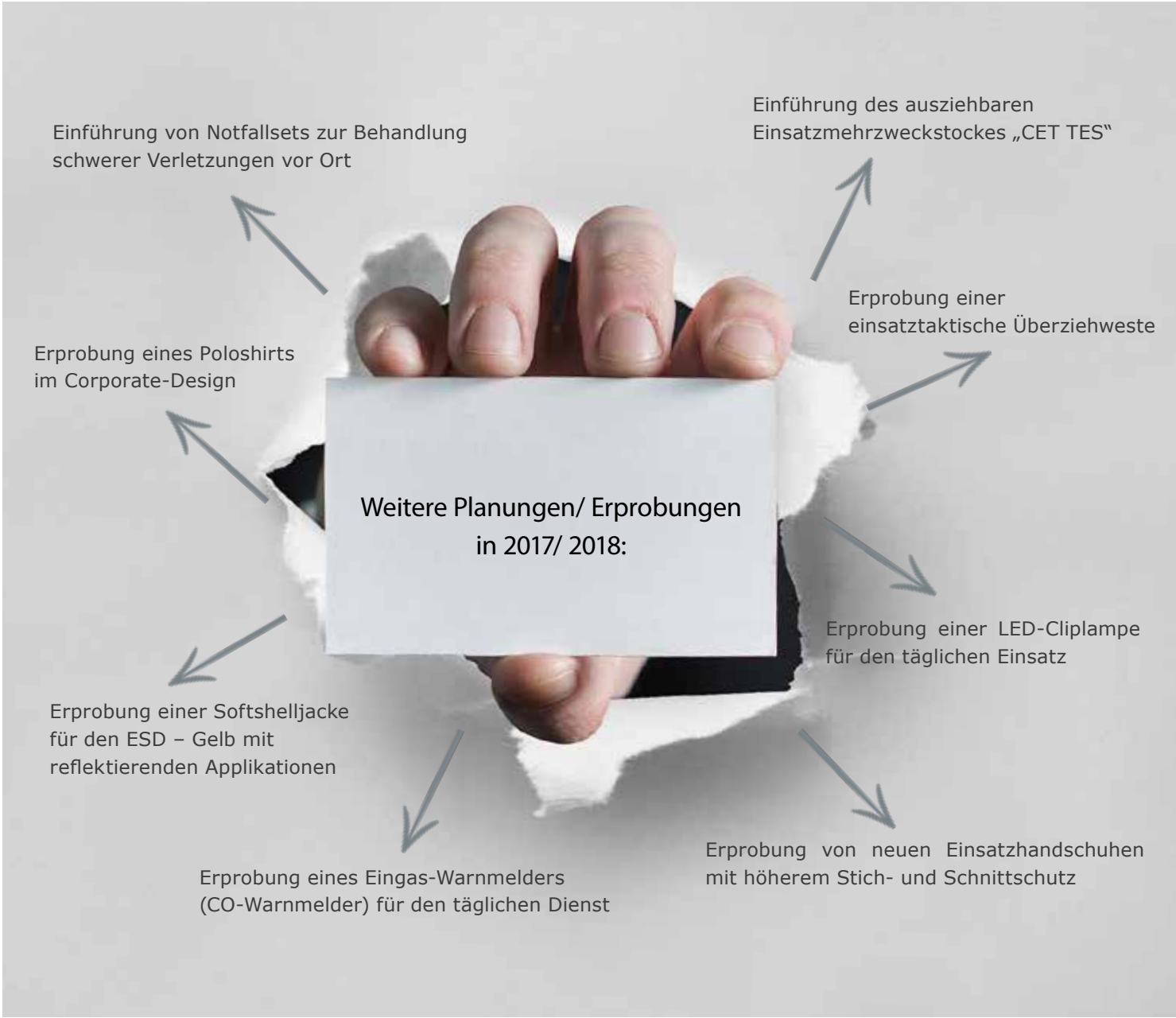
Infolge des Anstiegs von Angriffen auf Polizeibeamtinnen/-beamte wird dieser Thematik eine wachsende Bedeutung zugemessen. Im Fokus liegt weiterhin der persönliche Schutz der Polizeibeamtinnen/-beamten in den unterschiedlichsten Einsatzszenarien.

Besonders gilt dieses für die Bewältigung von besonderen Lagen mit erkennbar hoher Eigengefährdung. Die Aufstockung der Ausstattung mit Plattenträgern der Schutzklasse 4 (höchste Schutzklasse) wurde auch 2017 weiter fortgesetzt. Mittlerweile sind alle Funkstreifenwagen blau/silber und neutral (inkl. BAB-Fahrzeuge) mit jeweils 2 Plattenträgern ausgestattet (behördenweit insgesamt 708 Plattenträger). In 2017 wurden zudem für die Maschinenpistolen (MP5) neue Visieraufsätze (Leuchtpunktvisiere) beschafft. Diese bieten gerade in Stresssituationen eine bessere Zielerkennung für den Schützen. Die Umrüstung wird derzeit in den polizeieigenen Waffenwerkstätten umgesetzt.

Die Planungen von geeigneten Lager- und Transportmöglichkeiten der umgerüsteten MP5 in Dienstkraftfahrzeugen laufen parallel zu den Umbaumaßnahmen.

Das Ergebnis der im Jahr 2017 u.a. in der Polizeiinspektion Hildesheim erfolgreich absolvierten Pilotierung von Bodycams zur vorrangigen Erhöhung der Eigensicherung durch zuschaltbare Videoaufzeichnung führte in der Folge zu weiteren landesweiten Einführungsplanungen in 2018.

Eine landesweite Erprobung von ballistischen Helmen (Schutzklasse 2) ist durchweg positiv beendet worden. Eine entsprechende Leistungsbeschreibung wird derzeit erarbeitet. Die Ausstattung ist perspektivisch mit je zwei Helmen auf jedem Funkstreifenwagen blau/silber geplant.



## Ballistische Schutzweste

Unterziehschutzweste der Schutzklasse 1

## Einsatzhelm

Einsatzhelm des Herstellers „Schuberth"

## Plattenträger

Unterziehschussweste der Schutzklasse 4

## Reizstoffsprühgerät (RSG 3)

Reizstoffsprühgerät zum Versprühen von Pfefferspray des Typs TW1000 RSG-6

- ebenfalls im Einsatz: RSG 8

## Stahlhandfesseln

## Einsatzhandschuhe

## Multifunktionsgürtel

Zur Aussattung zählt ebenfalls ein Multi-Tool/ RescueTool des Herstellers Victorinox

## LED-Taschenlampe

## Handfunkgerät

Funkgerät des Herstellers „Motorola"

## Maschinenpistole (MP 5)

Maschinenpistole des Herstellers „Heckler & Koch" mit Leuchtpunktvisier

- hier mit ausziehbarer Schulterstütze, doppeltem Magazin und Trageschlinge
- Munition: 9x19mm

## Dienstpistole P 2000

Dienstpistole des Herstellers „Heckler & Koch" mit Reservemagazin

- Munition: 9x19mm Action 4 mit „Mannstopp-Funktion" (Deformationsmunition)
- Holster für Einsatzgürtel oder zur verdeckten Trageweise

## Einsatzmehrzweckstock „CET TES"

Teleskopierbarer Einsatzmehrzweckstock mit Tragevorrichtung am Einsatzgürtel

# Fazit.

Mit Sicherheit für Sie da.

# Fazit

## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

in der Gesamtheit kann die Polizeidirektion Göttingen auf ein erfolgreiches Jahr 2017 zurückblicken. Durch unsere Arbeit konnten wir dazu beizutragen, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Region sicher leben und sich auch sicher fühlen können. Vor allem im Kampf gegen den Einbruchsdiebstahl und den Islamismus sind uns dabei große Erfolge gelungen.

Daran gilt es nun konsequent anzuknüpfen, um dieses hohe Sicherheitsniveau aufrechtzuerhalten. Dabei steht die polizeiliche Arbeit noch immer vor großen Herausforderungen, beispielweise durch die anhaltende Gefahr des internationalen Terrorismus und gesellschaftliche Veränderungen wie dem demographischen Wandel oder der Digitalisierung.

Doch mit Blick auf das vergangene Jahr bin ich fest davon überzeugt, dass die Polizeidirektion Göttingen gut für die Zukunft aufgestellt ist. Dabei gründet sich diese Zuversicht zu einem wesentlichen Teil auf die Gewissheit, im kommenden Jahr erneut auf die kompetente Arbeit hoch motivierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bauen zu können, bei denen ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken möchte. Der Sicherheitsbericht verfolgt auch das Ziel, diese Leistung einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Unser besonderes Augenmerk liegt dabei auf jungen Menschen, die über eine berufliche Zukunft bei der Polizei nachdenken. Damit wir unsere Aufgaben auch perspektivisch mit Erfolg wahrnehmen können, ist es unerlässlich, stetig neuen Nachwuchs für die polizeiliche Arbeit zu gewinnen. Folglich ist es für die Polizeidirektion Göttingen von strategischer Bedeutung, als attraktiver Arbeitgeber aufzutreten. Hier sind wir mit interessanten und krisenfesten Arbeitsplätzen sowie einer Vielzahl weiterer Vorzüge, z.B. hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, auf einem guten Weg.

Natürlich gehören Transparenz und Bürgernähe auch über die Nachwuchsgewinnung hinaus zum Anspruch einer modernen Polizeibehörde, die sich nicht nur als klassische Exekutive, sondern ebenso als Dienstleister versteht, welcher sich beständig um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger bemüht. Daher hoffe ich sehr, dass Sie durch den Sicherheitsbericht neue Einblicke in unsere Arbeit gewinnen können.

**Uwe Lührig**
Polizeipräsident

# Impressum


## Herausgeber

Polizeidirektion Göttingen
**Polizeipräsident Uwe Lührig**

Groner Landstraße 51
37081 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 491-0
www.pd-goe.polizei-nds.de

## Redaktion/ Koordination

Dezernat 01

## Layout

Dezernat 01 - Pressestelle

## Bildnachweis

Die abgebildeten Fotos wurden von den Urhebern
- Polizeiakademie Niedersachsen,
- Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (www.polizei-beratung.de),
- Pixabay (www.pixabay.com),
- Polizeidirektion Göttingen sowie
- nachgeordneten Polizeiinspektionen

freigegeben.



Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.



## Druck

Klartext GmbH
2. Ausgabe


## Weitere interessante Links:

**Fahndung**
www.pd-goe.polizei-nds.de/fahndung
www.polizei-nds.de/Fahndung

**Online-Wache**
www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de

**Denken Sie daran:**
**Im Notfall 110 wählen!**

Denken Sie daran:
Im Notfall 110 wählen!

# ZUVERLÄSSIGKEIT.

Jederzeit hilfsbereit, kompetent und partnerschaftlich.

POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN